

metall



Nr. 12

Dezember 2005
Jahrgang 57
D 4713

Das Monatsmagazin



Die neue Regierung

**eins
links**

**eins
rechts**

**eins
fallen
lassen**

Leiharbeiter

Einbinden statt
Ausgrenzen

Fair einkaufen

Mehr Druck auf Konzerne

Ein paar Etagen höher

metall-Titel 11/2005: Wer löffelt die Suppe aus

► Sie schreiben, dass die deutsche Autoindustrie die Entwicklung alternativer Motoren vernachlässigt habe. Soweit stimme ich Ihnen zu. Aber der Satz »Erst allmählich wachen die Ingenieure auf« stößt mir unangenehm auf. Ich bin Ingenieur in der Auto-Zuliefererbranche und IG Metall-Mitglied. Wenn Sie neue Mitglieder aus den Reihen der Angestellten gewinnen wollen, ist ein solcher Satz wenig hilfreich. Nicht die »einfachen« Ingenieure bestimmen die Entwicklungsrichtung der deutschen Autoindustrie. Das wird ein paar Etagen höher entschieden.

Peter Strauß, Schwieberdingen

► Die Beispiele aus der Automobilindustrie zeigen die Einfallslo-

sen. Und dieser Kern ist die Unternehmung an sich. Wer fragt nach Gewinn und Nutzen, wenn er einen Sonntagsspaziergang machen will – einzig der Spaziergang an sich ist doch das Schöne.

Hans Robert Leibnitz, Freital

Äußerst zurückhaltend

metall 11/2005:
Pflaume des Monats

► Ihr habt äußerst zurückhaltend und lückenhaft über den Clement-Report berichtet. Tatsächlich haben er und Andere Teile von ALG-II-Beziehern als schlimmer noch als Parasiten bezeichnet. Die »Bild«-Zeitung hatte das natürlich gleich aufgegriffen mit großer Schlagzeile »Die üblen Tricks der Hartz-Schmarotzer«.

Jens Teichert, Chemnitz

Probleme der Autoindustrie sind allesamt hausgemacht. Wenn Autos voller Qualitätsprobleme sind. Warum soll ich sie dann kaufen?

sigkeit der Automobilmanager. Sie verschlafen Trends. Büßen müssen das die Beschäftigten.

Manuel Nolte, Berlin

Auf den Kern besinnen

metall 11/2005: Monatsökonom

► Was wir heute brauchen ist eine verantwortungsvolle Wirtschaft. Und das bedeutet ein Umdenken in der Wirtschaftsökonomie. Endlich weg von den falschen Idealen Gewinnmaximierung und endloses wirtschaftliches Wachstum. Wir sollten uns endlich wieder auf den Kern des Unternehmens besin-

nen. So ist denn eure Reaktion, Clement lediglich die Pflaume zu verleihen, äußerst zurückhaltend.

Manfred Kriegeskorte, Wiehl

► Clements Verwendung des Begriffs »Parasiten« in Zusammenhang mit Arbeitslosen setzt einen Teil der Bevölkerung, darunter auch ein großer Teil Metaller mit Tieren gleich. Da es sich um Tiere handelt, deren »Vernichtung angebracht erscheint«, ist die Menschenwürde der Betroffenen angegriffen.

Heidi Schlender, Hattingen

Mauer aufbauen

metall 11/2005: Betriebsräte brauchen wir nicht

► Wir werden mit weiteren Medien Kontakt aufnehmen, um gegen dieses Unternehmen Lutz eine Mauer aufzubauen. Bedingt dadurch, dass wir uns weitestge-



Foto: Thomas Geiger

Qualitätskontrolle in Sindelfingen: Hausgemachte Probleme

hend an die Tarifvereinbarungen halten, hat die Lutz- beziehungsweise Höffnergruppe einen Personalkostenvorteil von rund 5,7 Prozent. Zurzeit packt man diese in die Kalkulation. Sollte Lutz dies irgendwann in die Preise einflechten, hätten wir wenig Chancen. Lutz' Vorteile: kein Tarifeinkommen, nur 21 Tage Urlaub, kein Ausgleich für Mehrarbeit und Sonntagsarbeit, niedrige Verkaufsprovisionen.

Ernst Schmitting, Geschäftsführer der Grünthal Möbel GmbH, Bamberg

Lektüre für alle

metall 11/2005: Die kleinen Strolche bei BMW

► Hervorragend. Das sollten alle Metaller lesen, ebenso den Bericht von Lothar Kamp über »mächtige Wirtschaftsakteure«. Aber Kinder unter zwei Jahren gehören in die Obhut der Mutter: Karriere hin – Karriere her.

Gerhard Moll, Neckartenzlingen

Steuern erstattet

metall 11/2005: Ratgeber

► Eine mögliche Nachzahlung des Kindergelds wirkt sich auch steuerlich aus. Ich habe zum Beispiel Kindergeld für 16 Monate nachbezahlt bekommen. Mit dem Bescheid bin ich zum Finanzamt und habe weitere Steuererstattungen gewährt bekommen.

Anreas Machatzke, Meerane

Fehlerteufel schlug zu

metall 10/2005: Tipps zur Bewerbung

► Im Ratgeber-Artikel »Tipps zur Bewerbung« hat der Fehlerteufel zugeschlagen. Die von uns zitierte Bewerbungsexpertin Brigitte Marx-Lange heißt Brigitte Marx-Lang. Sie hat ihr Büro in Ober-Ramstadt und nicht in Frankfurt. Die Redaktion bedauert diesen Fehler.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-6693-2445, Fax 069-6693-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)
Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Birgit Büchner

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Peter Pagel
Telefon 061 51-81 27-0, Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: pagel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-6693-22 24, Fax 069-6693-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich
(zehn Mal im Jahr).
Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: APM AG, Kleyerstraße 3,
64259 Darmstadt.



Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei.
Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

E-Mail:
metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.
Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden.
Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

Editorial

Abschied und Hilfe

► Über 20 Jahre begleitete er **metall**: Erich Rauschenbach, Zeichner und Cartoonist. Sein »Kollege Karl« nahm scharfzüngig und treffend das Zeitgeschehen aufs Korn. Nicht immer zur Freude derer, die er auf-

spießte, aber fast immer zum Vergnügen unserer Leserinnen und Leser. In dieser Ausgabe nimmt Rauschenbach Abschied. Und mit ihm »Kollege Karl«. »Ich bin jetzt in einem Alter, in dem ich noch etwas anderes machen möchte«, sagte er,

als er ankündigte aufhören zu wollen. Alle Überredungskünste halfen nichts. »Einmal muss Schluss sein«, blieb er hart. Bedauern hilft nicht. Wir wünschen Erich Rauschenbach alles Gute und bedanken uns für die lange, gute und fruchtbare Zusammenarbeit.

► Über 80 000 Opfer forderte das Erdbeben in Pakistan. Angesichts der enormen Zerstörung und der Not der Überlebenden sind internationale Hilfe und Unterstützung unabdingbar. Der Vorstand der IG Metall hat vor diesem Hintergrund beschlossen, 30 000 Euro als Soforthilfe für die Erdbebenopfer in Pakistan zu spenden. Das Spendenkonto lautet: »Gewerkschaften helfen e.V.«, SEB AG Düsseldorf, Kontonummer: 17 56 906 400, BLZ 300 101 11, Stichwort: »Erdbeben Pakistan«

Die Redaktion

Leiharbeit

Die Leiharbeit boomt. Statt neue Leute einzustellen, wird die Arbeit durch Leiharbeiter erledigt. Doch es gibt auch positive Beispiele. **Seite 14**



Foto: Wilfried Hagemann



Foto: Frank Boxler

Spielwaren

Die Spielwaren sind ein Saisongeschäft. Läuft das Geschäft nicht, leidet die Branche. **Seite 22**



Foto: Markus Kirchgeßner

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr, die Redaktion: Antonela Pelivan, Gabriele Prein, Werner Hoffmann, Claus Matecki, Sylvia Koppelberg, Marion Brunsfeld, Michael Schinke, Fabienne Melzer (oben von links) sowie Gudrun Wichelhaus, Susanne Rohmund und Fritz Arndt (unten von links). Ein Redaktionsmitglied fehlt: Wer es errät, und uns schreibt, erhält einen kleinen Preis. Auflösung in der nächste Ausgabe, die Ende Januar 2006 erscheint.

Magazin

Nexans: Tarifiklau verhindert 4
Tarifrunde 2006:
Startschuss ist gefallen 5
IG Metall: Gewerkschaften
verkaufen Beteiligungen. 6

Titel

Große Koalition:
Es geht auch anders 8

Zur Sache

Jürgen Peters:
Besser als befürchtet –
schlechter als erhofft 11

Arbeitslosigkeit

Datenschützer schlagen Alarm. 12

Leiharbeit

Einbinden statt ausgrenzen 14

Kultur

Künstler und IG Metall 19

Konsum

Gerecht einkaufen 20

Branchenreport

Spielwarenindustrie 22

Ratgeber

Generation Praktikum 24
Frohes Fest:
Buchtipps der Redaktion 26

Monatsökonom

Wolfgang Kessler:
Wider die herrschende Leere 28

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel. . . 30

Porträt

Zu Besuch bei
Wilhelm Gratschow 31

Regionales

Aus den Bezirken. 32
Lokales/Karikatur 35

Impressum 2

Titelbild: Silvan Wegmann



Nexans Deutschland

Tarifklau vereitelt

»mit Beifallsstürmen« quittiert, berichtet Gesamtbetriebsratsvorsitzender Rolf Homeyer.

Der französische Kabelhersteller Nexans wollte mithilfe der CGM Löhne und Gehälter ab November pauschal um 16,67 Prozent kürzen. Betroffen waren 1800 Beschäftigte an vier Standorten (Mönchengladbach, Hannover, Nürnberg und Vacha/Thüringen). Dass es einen gültigen IG Metall-Tarif gab, störte Nexans nicht. Und die CGM störte nicht, dass der Konzern »in solider finanzieller Verfassung« ist. Aber die Betroffenen störte der geplante Raubzug auf ihre Einkommen.

Kaum hatte Nexans Mitte Oktober den Pakt mit der CGM publik gemacht, brach ein Proteststurm los. Eine Betriebsversammlung jagte die nächste –

und der ohnehin gute Organisationsgrad erhöhte sich auf über 80 Prozent. Den Nichtmitgliedern war klar geworden, dass nur IG Metall einen Anspruch auf tarifvertragliche Leistungen haben.

Schließlich stellte die IG Metall Nexans ein Ultimatum: Entweder verschwindet der illegale CGM-Vertrag in der Tonne. Oder es gibt Streik. Am 7. November zog der Aufsichtsrat die Konsequenz – und den CGM-Vertrag zurück.

Trotz dieser Erleichterung herrsche noch »eine gewisse Spannung«, weiß der Gesamtbetriebsrat (GBR). Denn das Unternehmen will zehn Millionen Euro Personalkosten einsparen. Doch wie?

Nexans hüllt sich in Schweigen. Der Protest ist nicht beendet, sondern »nur ausgesetzt«, berichtet GBR-Betreuer Rolf Gehring. ◀

Nexans in Mönchengladbach: Protest »nur ausgesetzt«

Erstmals hat ein westdeutsches Industrieunternehmen versucht, gemeinsam mit einer Pseudo-Gewerkschaft einen Tarifvertrag der IG Metall auszuhebeln – und ist grandios gescheitert.

Nexans Deutschland musste nach massiven Protesten den mit der »Christlichen Gewerkschaft Metall« (CGM) geschlossenen Tarifvertrag für nichtig erklären. Die Belegschaft habe diese Nachricht

Reiche Eltern – bessere Bildungschancen

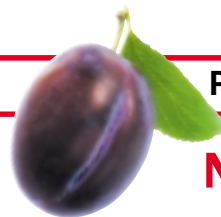
Wie wahrscheinlich ist in Deutschland der Besuch eines Gymnasiums? (Facharbeiter-Familie als Referenzpunkt 1)



Quelle: Pisa 2003 / © metall-Graphik

Kinder in Deutschland aus der Oberschicht haben durchschnittlich eine rund sechs Mal höhere Chance auf das Abitur als Kinder aus Facharbeiterfamilien, so die aktuelle »Studie Pisa 2003«. Damit wird dem deutschen Schulsystem ein vernichtendes Urteil

ausgestellt. Offensichtlich privilegiert das System Kinder der Oberschicht. Laut der Studie lassen sich in Deutschland 22,3 Prozent der mathematischen Schüler-Kompetenzen auf den sozialen Status zurückführen. Im OECD-Durchschnitt sind es nur 16,8 Prozent. ◀



PFLAUME DES MONATS

Norbert Walter

Norbert Walter ist Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Schon oft hat der Mann mit neoliberalen Thesen genervt. Zu oft. Seine neueste Aussage ist allerdings unfassbar: **»Ich frage mich immer, warum man junge Menschen, die Familie haben, mit sechs Wochen Urlaub beglückt, wenn sie nicht mal das Geld haben für eine Woche.«**

Wie arrogant kann man denn eigentlich noch sein?

Der Mann mit einem sechsstelligen Gehalt und einigen Wochen Urlaub hat offensichtlich nur eins im Kopf: Wegfahren und

Geld ausgeben. Darum geht es aber nicht nur, Herr Walter. Viele Menschen – auch bei der Deutschen Bank – arbeiten hart und brauchen Ihren Urlaub zur Erholung.

Sie offensichtlich nicht. Deshalb machen Sie bitte den Internet-Test »In eigener Sache«, den der Personalvorstand Ihrer Bank initiiert hat. Dort können Sie für 18 Euro testen, ob Sie für ihren Arbeitgeber überhaupt noch attraktiv sind. Und Sie erhalten Tipps, wie Sie es wieder werden könnten. Nötig hätten Sie es, Herr Walter. ◀

Tarifrunde 2006

Mehr Geld, mehr Innovation, mehr Qualifizierung

Der Startschuss für die Tarifrunde 2006 ist längst gefallen. In den IG Metall-Bezirken werden zurzeit die Inhalte diskutiert, die in die Forderung einmünden sollen.

Für Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall und für die Tarifpolitik zuständig, wird sich die IG Metall auf drei Schwerpunkte konzentrieren: eine angemessene und damit spürbare Erhöhung der Entgelte, eine zeitgemäße Tarifvereinba-

rung über vermögenswirksame Leistungen und tarifvertragliche Regelungen zu Qualifizierung und Innovation. Inzwischen haben selbst angebotsorientierte Ökonomen, die die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik beherrschen, zumindest die richtige Ursache für die schwache wirtschaftliche Entwicklung erkannt. Die Wirtschaftsinstitute schreiben in ihrem Herbstgutachten 2005: »Was zählt ist, wie

stark die Realeinkommen und damit letztlich Konsummöglichkeiten langfristig steigen.« Huber versteht das als Aufforderung: »Wir kommen aus der wirtschaftlichen Abwärtsspirale nur heraus, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angemessen am wirtschaftlichen Wachstum beteiligt werden. Darum brauchen wir eine spürbare Er-

höhung der Entgelte.« Er machte allerdings auch klar, dass es einen Tarifabschluss nur geben wird, wenn die Arbeitgeber den von Südwestmetall gekündigten Lohnrahmentarif II wieder in Kraft setzen. Denn in diesem Tarifvertrag geht es nicht nur um eine sogenannte »Steinkühler-Pause«, sondern auch um Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der Gestaltung von Arbeits- und Leistungsbedingungen. Wenn es zu einem Tarifabschluss kommt, betont Huber: »Unsere Forderung stellen wir für zwölf Monate und nicht länger.«

Der Fahrplan für die Tarifrunde sieht vor: Am 12. Dezember wird der IG Metall-Vorstand eine Forderung empfehlen. Diese Forderung wird bis Mitte Januar in den bezirklichen Tarifkommissionen diskutiert. Am 20. Januar wird der Vorstand eine Forderung bekannt geben und empfehlen, die Tarifverträge zum 28. Februar 2006 zu kündigen. Mitte Februar können dann die Tarifverhandlungen in den Bezirken beginnen. Am 28. März endet die Friedenspflicht. ◀

Plakat zur Vorbereitung der Tarifrunde 2006



Krone, Spelle

Nein zu Mehrarbeit, Ja zu Investitionen

Im Streit um Millionen-Investitionen hat der Landmaschinenhersteller Krone in Spelle eingelenkt. Nachdem er die Investitionen Anfang des Jahres noch von unbezahlter Mehrarbeit seiner Beschäftigten abhängig gemacht hatte, rückte er von dieser Bedingung inzwischen ab (siehe **metall** 4). Zumal auch die IG Metall dieser Tarifabweichung nicht zugestimmt hätte. Rund zehn

Millionen Euro investierte der Landmaschinenhersteller. Drei neue Montagehallen und ein Ersatzteillager wurden errichtet. Mit dem Ergebnis ist der Betriebsratsvorsitzende Hermann Börger zufrieden. Zwar ist der Betriebsrat dem Arbeitgeber bei übertariflichen Leistungen entgegengekommen, aber unbezahlte Mehrarbeit hätte die Beschäftigten mehr gekostet. In

einer gemeinsamen Münsteraner Erklärung hatten sich 14 Betriebsräte der Landmaschinenbranche bereits im letzten Jahr darauf verständigt, dass sie Arbeitszeitverlängerungen nicht zustimmen werden. Ohne diese Vereinbarung wäre es für Börger schwieriger gewesen. »Wir haben bei uns Mehrarbeit verhin-dert, weil alle Betriebsräte der Branche sich einig waren.« ◀

Außenansicht

Frankreich

Verlierer auffangen

Ein Gespenst geht um in Europa, die Angst vor »französischen Zuständen«. In Frankreich hat man in den 60er und 70er-Jahren an den Rändern von Großstädten Hochhausviertel für sozial Schwache, angeworbene Arbeitswanderer und Einwanderer gebaut. Heute herrschen dort mehr oder minder geschlossene religiös-kulturelle Milieus: extreme wirtschaftliche und soziale Benachteiligung sowie ethnische Diskriminierung.



Klaus J. Bade, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück

Die explosive Mischung hat im Oktober Feuer gefangen und kurzfristig einen Flächenbrand ausgelöst. Der erschütterte die französische Idee der Integration durch Identifikation mit den Idealen der Republik: Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit.

In Deutschland hingegen sind die zumeist nicht gebauten, sondern gewachsenen Einwandererviertel vielfältiger. Trotz klar identifizierbarer ethno-kultureller Herkunftsgemeinschaften gibt es eine ethnische und religiöse Mischung. Sie haben mitunter ein »kieziges« Stadtbild, wie Kreuzberg in Berlin.

Aber die sozialen Brennpunkte wachsen, ebenso die Neigung jugendlicher Verlierer zu gewalttätigem Protest. Wenn das nicht aufgefangen wird durch bessere Erziehung, Bildung und berufliche Qualifikation – dann sind dort für die weitere Zukunft »französische Zustände« nicht ausgeschlossen. ◀

Köpfe

Ronald Seitz (43), Vertrauenskörperleiter bei Metz in Zirndorf (Bayern) und gelernter



Frisör, hat eine neue Einnahmequelle aufgetan. Für fünf Euro verpasst der Metal-Kollegen einen neuen Putz. Das Geld überweist er an die Gewerkschaften

in Kuba. Seitz: »Von dem Service profitieren alle, die kubanischen und meine Kollegen.«

Horst Neumann (56), IG Metall-Mitglied, Personalvorstand bei der VW-Tochter Audi, wechselte am 1. Dezember als Personalchef und Arbeitsdirektor in den Vorstand von Volkswagen. Er wird Nachfolger von Peter Hartz, der im Zusammenhang mit der VW-Affäre zurückgetreten war. Neumann war von 1978 bis 1994 in der Wirtschaftsabteilung beim IG Metall-Vorstand, danach Arbeitsdirektor bei Rasselstein und Thyssen-Krupp Elevator. Seit Juli 2002 ist er in gleicher Funktion bei Audi.

Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall, hat auf dem Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall Anfang November in Bad Honnef zur Mitarbeit in der IG Metall aufge-



rufen. Er warnte davor, den sogenannten »christlichen Gewerkschaften« auf den Leim zu gehen. Kontakt zum Mitmachen bei der IG Metall: Gregor Callegari (Telefon 069-6693 2491 oder gregor.callegari@ig-metall.de).

Otto Brenner Preis für Journalisten

Wachsam bleiben



Zum ersten Mal zeichnet die Otto Brenner Stiftung Journalisten aus. Unter dem Motto »Gründliche Recherchen statt bestellter Wahrheiten« verlieh eine hochkarätige Jury insgesamt sieben Auszeichnungen. Der erste Preis ging an den Journalisten Marcus Rohwetter (Bild) für den Artikel »Ihr Wort wird Gesetz« in der Wochenzeitung »Die Zeit«.

Daimler-Chrysler

Weniger Lehrstellen unverantwortlich

Rund 3600 Daimler-Chrysler-Auszubildende haben an zwölf Standorten gegen den geplanten Abbau von Ausbildungsstellen protestiert. Anlass für die bundesweiten Aktionen ist der Plan des DC-Vorstands, im Bereich der Mercedes Car-Group die Zahl der Ausbildungsplätze um 20 Prozent zu reduzieren. Damit würden 209 Lehrstellen gestrichen. IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann hat den Plan des Vorstands als »Skandal ersten Ranges« eingestuft. Der Automobilhersteller, so Hofmann, stehe sich aus seiner sozialen Verantwortung. Wer angesichts der Lage auf dem Lehrstellenmarkt die Zahl der Ausbildungsplätze massiv nach unten fahre, handele »unverantwortlich gegenüber der jüngeren Generation«. ◀

Gewerkschaften verkaufen Beteiligungen

Die Gewerkschaften sind dabei, ihre Firmenbeteiligungen schrittweise zu verkaufen.

Über die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG (BGAG) halten die Gewerkschaften noch Anteile unter anderem an dem Baufinanzierer BHW, der BauBeCon Immobilien GmbH und der Allgemeinen Hypotheken Bank Rheinboden (AHBR). Nach dem zweiten Weltkrieg haben die Gewerkschaften den Gedanken der Gemeinwirtschaft entwickelt und sich bei Unternehmen engagiert oder auch welche gegründet, um Arbeitnehmern zu ermöglichen, unter günstigeren Bedingungen Wohnungen zu mieten, Einkäufe zu tätigen, sich zu versichern oder ihr Geld anzulegen. Die Volksfürsorge gibt es als großen Versicherungsnamen heute noch. Die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) wurde schon vor Jahren an die SEB Bank verkauft. »Die ursprüngliche Idee der Gemein-

wirtschaft macht bei globalisierten Finanzmärkten aber keinen Sinn mehr für die Gewerkschaften«, sagt Bertin Eichler, Hauptkassierer der IG Metall. »Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften finanzielle Risiken einzugehen, die notwendig sind um Unternehmen dieser

»Die IG Metall hat ein solides Vermögen und volle Streikkassen.«

Größenordnung am Weltmarkt zu halten.« Die heutigen Beteiligungen im Finanzdienstleistungsereich und im Immobiliensektor hätten nichts mehr mit Gemeinwirtschaft zu tun. Eichler: »Wenn diese Idee nicht mehr zu realisieren ist, dann muss man eben die Konsequenzen ziehen und sich langsam von den Beteiligungen trennen.« Schon Anfang der 90er-Jahre haben die Gewerkschaften begon-

nen, ihre Beteiligungen abzustößen. Die Volksfürsorge ist verkauft worden, dann die BfG, später die DiBa und nun folgen BHW, BauBeCon und AHBR. Insbesondere die AHBR wird unter schwierigen Voraussetzungen verkauft, da sich die Hypothekenbanken insgesamt im schwierigerem Fahrwasser befinden. Die Tatsache, dass die Gewerkschaften ihre Beteiligungen verkaufen, nutzen einige Medien um zu schreiben, dass die IG Metall Pleite sei und nichts in der Streikkasse habe. Weder das eine, noch das andere stimmt. Bertin Eichler: »Das ist lächerlich. Die IG Metall hat ein solides Vermögen und volle Streikkassen, schließlich legen wir jedes Jahr 15 Prozent unserer Mitgliedsbeiträge zurück.« Die Trennung von den Beteiligungen ist also aus wirtschaftlichen und politischen Gründen sinnvoll und hat mit der finanziellen Situation der IG Metall nichts zu tun. ◀

Nachgefragt

Arbeitsbedingungen im Irak

Irakische Gewerkschafter der »Allgemeinen Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor« (GUOE) mussten im November eine Info-Tournee durch Deutschland absagen. Grund: Die Deutsche Botschaft in Bagdad hatte ihnen die Einreise verweigert. **metall sprach mit GUOE-Chef Hassan Jomaa Awad Alassadi.**

metall: Haben sich die Lebensbedingungen im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins verbessert?

Hassan Jomaa Awad Alassadi: Im Gegenteil, der Lebensstandard leidet unter dem Zerfall des Landes, gesundheitliche und soziale Einrichtungen haben ihre Arbeit praktisch eingestellt. Den Grund dafür sehen wir in den Besatzungstruppen. Sie kontrollieren sogar, welche Instrumente die Krankenhäuser benötigen.

metall: Wie hoch ist die Arbeitslosigkeit im Irak?

Alassadi: Rund vier Millionen Iraker sind arbeitslos (rund 50 Prozent der Erwerbstätigen. Die Red.) – und das im Land mit den zweitgrößten Ölreserven auf der Welt...

metall: ... und die Arbeitszeit?

»Privatisierung mit allen Mitteln bekämpfen«

Alassadi: Gesetzlich sind acht Stunden täglich vorgeschrieben, an fünf Tagen in der Woche. In Wahrheit arbeiten wir manchmal sieben Tage in der Woche. Die Löhne sind dabei in drei Kategorien eingeteilt, je nach Zeugnis oder Erfahrung: 200, 400 und 600 Dollar monatlich. In anderen staatlichen Bereichen verdienen die Arbeiter nur 75, 177 und 200 Dollar. Rentner erhalten 150 Dollar nach 30 Jahren Dienst.

metall: Welche Ziele verfolgt Washington im Irak?

Alassadi: Öffentlich heißt es, das irakische Volk solle von seinem Diktator befreit werden. Tatsächlich wollen die USA das irakische Öl und opfern dafür tausende ihrer Soldaten. Das Konzept der USA sieht vor, die Ölindustrie und deren Einrichtungen zu privatisieren. Dies werden wir mit allen Mitteln bekämpfen, denn wir lieben den Irak. Dass es uns ernst ist, beweist die Inter-

nationale Konferenz, die wir im Februar organisiert haben.

metall: Gab es Demonstrationen?

Alassadi: Ja, es ist eine große Ehre für uns, gegen eine der größten US-Firmen, Halliburton, und deren Komplizen wie K.B.R. vorzugehen, um den Raub unserer Ressourcen zu verhindern. Wir haben zu einer großen Demonstration aufgerufen.

metall: Ist der Widerstand gegen die ausländischen Truppen legitim?

Alassadi: Ja, alle Iraker sind mit diesem Widerstand einverstanden, weil er die Befreiung des Irak zum Ziel hat. Terror lehnen wir dagegen ab.

metall: Was ist die Ursache des Konflikts zwischen Sunniten und Schiiten?

Alassadi: Sunniten und Schiiten sind Moslems, die Differenzen zwischen ihnen sind politischer Natur. Die US-Administration hat ein Interesse am Bürgerkrieg im



Raffinerie bei Basra: »Der Lebensstandard leidet«

Irak, und an diesem Ziel wird sehr fleißig gearbeitet.

metall: Was sind die wichtigsten Ziele Ihrer Gewerkschaft?

Alassadi: Wir sind für den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen und bekämpfen die Privatisierung. Schließlich wollen wir höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Dazu gehören auch Arbeitsgesetze, die den heutigen Ansprüchen entsprechen. ◀

Kommentar



metall-Korrespondent Hans-Otto Wiebus über die Konsequenzen aus dem Infineon-Streik

Zeitungsleute können ein feines Gespür haben und durchaus weitsichtig sein.

Kaum war der Streik bei Infineon in München-Perlach beendet, reagierten die Journalisten sehr sensibel auf die Signale anderer Belegschaften, die sich gegen Verlagerungen, Entlassung oder Betriebsschließungen wehren. »Wie bei Infineon«, hieß es in den Kommentaren. Zum Beispiel als die Belegschaft der

Schrittmacher für moderne Lösung

Geld- und Kreditkartendruckerei Giesecke&Devrient am bayerischen Tegernsee in den unbefristeten Streik trat. Oder als die Kolleginnen und Kollegen von AEG-Hausgeräte in Nürnberg eine Tarifkommission wählten – als ersten Schritt für eine mögliche ernsthafte Auseinandersetzung.

Tatsächlich ist der achttägige Streik bei Infineon ein Vorbild.

Nachdem die Geschäftsleitung des Chipherstellers klar gemacht hatte, dass sie den Betrieb dicht machen will, entschied sich die Belegschaft für Urabstimmung und Streik. Nur so konnte der Geschäftsleitung ein Sozialtarifvertrag abgerungen werden. Die Kernpunkte können sich wirklich sehen lassen: Der Sozialtarifvertrag bei Infineon ist auch deswegen von Bedeutung, weil hier Wege geebnet werden,

für eine schnelle Rückkehr der Betroffenen in eine Beschäftigungsverhältnis.

Die klassische Abfindung in Höhe etlicher Monatsgehälter war im Zeichen der Hochkonjunktur eine Möglichkeit, eine kurze Zeit der Arbeitslosigkeit zu überbrücken. Bei einem leergefegten Arbeitsmarkt aber ist das zu kurz gegriffen. Ein Sozialtarifvertrag, der die Möglichkeit schafft, die Brücke zu einer Folge-Beschäftigung herzustellen, ist eine moderne Lösung. Die Beschäftigten bei Infineon haben Schrittmacherdienste für diese Lösung geleistet. ◀



Streikende Infineon-Beschäftigte

Was bringt die Zukunft?

Der Koalitionsvertrag ist unterschrieben. Die neue schwarz-rote Regierung steht. Die Kanzlerin ist gewählt. Was die Zukunft bringen wird, zeichnet sich leider auch schon ab: Angriffe auf Arbeitnehmerrechte und den Sozialstaat. Weil es Alternativen zur bürgerlichen Politik gibt, will die IG Metall weiter mobil machen. Denn: Es geht auch anders.

Von Susanne Rohmund

Mit dem Koalitionsvertrag verhält es sich wie mit einem gestrickten Schal. Mal eine Maßnahme von links, mal eine von rechts, und mal wird eine Idee einfach fallen gelassen. Heraus kommt ein Flickwerk, ein öffentliches Finanzprogramm von 25 Milliarden Euro, die Mehrwertsteuererhöhung, die Lockerung des Kündigungsschutzes, Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld II, eine Reichensteuer sowie die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre. Kurzum: Der Koalitionsvertrag ist mit heißer Nadel gestrickt und verhaegt so manch einem die Stimmung.

Dabei war nach der Bundestagswahl der Auftrag der Wähler klar formuliert: Die Deutschen wollen einen Sozialstaat, in dem Gerechtigkeit und Solidarität groß

geschrieben werden. Es gibt – das zeigte das Wahlergebnis – eine rechnerische Mehrheit links von der Mitte.

Doch die Botschaft ist nicht bei allen Politikern angekommen. Aus Berlin klingt nur wenige Wochen nach der Wahl schon wieder ein munteres »Weiter So!«. Die neue Regierung hält am alten Reformkurs fest. Wohin dieser führt, haben die vergangenen Jahre gezeigt: Armut für viele Arbeitslose, zu wenig öffentliche Investitionen sowie Steuerentlastungen für Unternehmen und Reiche.

Die Kritik an der neuen alten Regierungspolitik ist dementsprechend heftig: »Der wirtschaftspolitische Kurs der Großen Koalition bleibt in seiner Grundausrichtung genauso falsch wie unter der früheren Regierung«, kommentiert der Publizist und Autor Albrecht Müller. »Optimismus und Aufbruchstimmung, die nötig wären, um eine »Wende zum Besseren« einzuleiten, lassen sich so kaum erzeugen«, betont Christoph Butterwegge, der die Abteilung für Politikwissenschaften an der Kölner Universität leitet. Und auch Jürgen Peters ist der Meinung: »Keine Spur von einem grundlegenden Politikwechsel oder gar Aufbruchsignalen.«

Viele Ökonomen beurteilen die Pläne der schwarz-roten Regierung negativ. »Insgesamt bedeutet der von der Koalition eingeschlagene Weg keinen Durchbruch«, sagt Gustav A. Horn, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Kon-

Die falsch Gestrickten

Trotz Koalitionsvertrag: Im Hintergrund werden bereits die Fäden für weiteren Sozialabbau und für Einschnitte bei den Arbeitnehmerrechten gezogen. Metall nennt die Strippenzieher, die sich weiter für die Macht der Wirtschaft einsetzen werden.



Christian Wulff
Ministerpräsident in Niedersachsen und Mitbestimmungsgegner



Illustration: Silvan Wegmann

Foto: picture-alliance / dpa / hollemaier



Foto: picture-alliance / dpa / Kugler

Angela Merkel am Tag ihrer Wahl

Ökonomen warnen vor der Politik der Großen Koalition, es ist keine »Wende zum Besseren« in Sicht

junkturnforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Zum Beispiel die Mehrwertsteuererhöhung. Nach einer Analyse des IMK wird die Mehrwertsteuererhöhung vor allem eins bringen: Vieles wird teurer. Auf eine Preissteigerung können – je nach Maßnahme der Europäischen Zentralbank – steigende Zinsen für Privatkredite, Firmendarlehen und Bauherren folgen. Steigende Zinsen wiederum bremsen das Wachstum. Ergo, die Mehrwertsteuererhöhung bringt nichts außer Verunsicherung und Belastung der Konsumenten.

Der Koalitionsvertrag ist keine Bibel

Ob zumindest die positiven Aspekte des Koalitionsvertrags das Papier wert sind, auf das sie geschrieben wurden, wird sich erst noch zeigen. Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder

will angeblich 1998 den rot-grünen Vertrag nicht einmal gelesen haben. Der künftige Kanzleramtsminister Thomas de Maizière sieht es ähnlich. In der ARD-Talkshow »Menschen bei Maischberger«, erklärte er, wie er die Beständigkeit des Koalitionsvertrags einschätzt: »Der Koalitionsvertrag ist keine Bibel.«

Das heißt: Im Verlauf der neuen Legislaturperiode wird sich wirtschafts-, sozial-, beschäftigungs- und gesellschaftspolitisch noch einiges ändern. Ob zum Guten oder zum Schlechten – das wird sich erst noch zeigen. Die Prognose der IG Metall: Im Bereich soziale Sicherheit werden die Arbeitnehmer mit der neuen Regierung sogar schlechter dastehen als zuvor. Beispielsweise

die Leistungskürzungen – vor allem bei den Sozialversicherungen – werden die familienpolitischen Verbesserungen übersteigen. »Wir werden aber auf die Angriffe gegen die Mitbestimmung oder den Sozialstaat Antworten haben«, sagt Jürgen Peters. Und: »Wir brauchen das, was landläufig als politisches Mandat der Gewerkschaften bezeichnet wird.« Zum einen, um Druck zu machen für gewerkschaftliche Forderungen wie im Arbeitnehmerbegehren. Peters: »Und dabei werden wir mit allen Parteien sprechen.«

Zum anderen will der IG Metall-Vorstand mit Hilfe von Bündnispartnern den Druck auf Berlin erhöhen und seine Position mit Nachdruck vertreten. Wie das aussehen könnte, wird der Vorstand wie in der Vergan-



Foto: picture-alliance / dpa / Wolf

Thomas de Maizière
Kanzleramtschef, der nicht an die Beständigkeit des Koalitionsvertrags glaubt



Foto: picture-alliance / dpa / Thissen

Dagmar Schipanski
Botschafterin der Initiative
Neue Soziale Marktwirtschaft



Foto: picture-alliance / dpa / Zille

Friedrich Merz
CDU-Politiker
und neoliberaler
Vordenker

Die falsch Gestrickten



Guido Westerwelle
FDP-Chef und
Gewerkschafts-Hasser



Edmund Stoiber
Ministerpräsident
in Bayern



Roland Koch
Ministerpräsident in
Hessen und selbster-
klärter Sparer der
Nation

genheit je nach Notwendigkeit entscheiden. Die europaweiten Proteste gegen Sozialabbau Anfang 2005 sind gute Beispiele für die verschiedenen Aktionsformen. Demonstrationen, Diskussionsforen oder Debatten, aber auch neue Aktionsformen sind denkbar. Ein Beispiel dafür: der aktuelle Protest des Kampagnennetzwerks campact.de, der Globalisierungskritiker Attac und der IG Metall. Gemeinsam rufen sie zur Online-Demo (www.campact.de/mwst/home) gegen die geplante Mehrwertsteuererhöhung auf. Die Protestmails werden an SPD- und CDU-Abgeordnete weitergeleitet. Christoph Bautz vom Kampagnennetzwerk campact.de:

»Wir sind zufrieden mit der Aktion und sehen durchaus eine Chance, die geplante Mehrwertsteuererhöhung noch zu verhindern.« Bei metall-Redaktionsschluss hatten rund 3300 Menschen Protestmails nach Berlin gesendet.

Ob mit Verbündeten oder im Alleingang: Die IG Metall wird ihren Einfluss auf die Politik weiter nutzen. Sie wird für solidarische Reformalternativen und eine neue Politik werben. »Wir werden weiter für eine bessere Politik kämpfen«, kündigt der Erste Vorsitzende an. Dafür sind öffentliche Debatten über Alternativen zur bestehenden Politik notwendig, um eine kritische Öffentlichkeit gegen den Neoliberalismus zu etablieren. Deshalb wurden in den vergangenen Monaten Hun-

derte von Multiplikatoren – Betriebsräte, Vertrauensleute, Pädagogen – ausgebildet. Sie sollen den Kampf um die Köpfe und gegen die marktliberale Propaganda aufnehmen. Der strategische Vorteil der IG Metall: der direkte Kontakt zu den Menschen und zu ihren Ängsten, Sorgen und Hoffnungen.

Zu der Einsicht, dass es endlich eine neue Politik braucht, kommen inzwischen sogar viele CDU-Politiker. So erklärte kürzlich Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem Gespräch mit der »Süddeutschen Zeitung«: »Die Zivilisierung des Kapitalismus ist notwendig. Das ist keineswegs eine aussichtslose Angelegenheit.« ◀

Stimmt.

Die Alternativen der IG Metall

1. Wachstums- und innovationspolitisches Sofort-Programm

Der Koalitionsvertrag sagt: Impulse im Umfang von rund 25 Milliarden in den nächsten vier Jahren.

Die Alternative der IG Metall: Zukunftsprogramm von jährlich 20 Milliarden Euro für Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Kommunikation sowie integrierte Systeme von Waren- und Personenverkehr sowie Umweltschutz.

2. Solidarische Bürgerversicherung

Koalitionsvertrag: noch offen, CDU favorisierte bisher Kopfpauschale.

Die Alternative der IG Metall: Alle – auch Selbstständige, Freiberufler, Parlamentarier und Beamte – sollen zahlen. Bemessung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung stärker nach finanzieller Leistungsfähigkeit. Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung. Beiträge nicht nur auf das Arbeitseinkommen, sondern auf alle Einnahmearten wie auch Kapitalerträge erheben. Verwendung dieser Mehreinnahmen

für die Wiederaufnahme von Zahnersatz und Krankengeld in den Leistungskatalog sowie Senkung der Beitragssätze.

3. Solidarische Einfachsteuer

Koalitionsvertrag: Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte ab 1. Januar 2007. Reichensteuer von drei Prozent auf alles was über einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 500 000 Euro für Verheiratete (250 000 für Ledige) liegt. Streichung der Erbschaftsteuer.

Die Alternativen der IG Metall: Grundfreibetrag von 8000 Euro. Eingangssteuersatz von 15 Prozent. Spitzensteuersatz von zumindest 45 Prozent. Vermögenssteuer (für Vermögen über 500 000 Euro). Stärkere Besteuerung von großen Erbschaften.

4. Stärkung von Tarifautonomie, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten

Koalitionsvertrag: Ausdehnung der Probezeit auf zwei Jahre. Wegfall der Befristung innerhalb der ersten 24 Monate. Keine Neufassung des Anti-Streik-Paragrafen 146 Abs. 3 SGB III (früher Paragraf 116 AFG).

Die Alternativen der IG Metall: Stärkung der Betriebsverfassung, Mitbestimmung und Tarifautonomie. Neufassung des Anti-Streik-Paragrafen. Fortbestand des Verbandsklagerechts, um wirkungsvoll gegen Arbeitgeber vorgehen zu können, die Tarifbruch begehen. Einführung von gesetzliche Mindestlöhne auf Basis von Tarifverträgen, um Lohndumping zu vermeiden.

5. Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells

Koalitionsvertrag: Unterstützung der Lissabon-Strategie (marktliberales Wirtschaftsförderungsprogramm).

Die Alternativen der IG Metall: Eine europaweit koordinierte Beschäftigungspolitik. Europäische Mindeststeuersätze für Unternehmen auf Basis einheitlicher Bemessungsgrundlage. Soziale Grundrechte und Mindeststandards auf europäischer Ebene. Dabei geht es um Maßnahmen gegen soziales Dumping in der Europäischen Union sowie um ein Recht auf grenzüberschreitende Aktionen der Gewerkschaften. ◀

Die neue Bundesregierung beginnt jetzt mit der Regierungsarbeit. Wir werden genau beobachten, in welche Richtung das Pendel ausschlägt.



**Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall**

Es ist vollbracht. Deutschland hat eine neue Regierung. Zum zweiten Mal wird das Land von einer Großen Koalition regiert. Die bange Frage ist, was bringt sie für die Arbeitnehmer? Wie ist der Koalitionsvertrag zu werten? Um es gleich vorweg zu nehmen: Der Koalitionsvertrag ist besser als befürchtet, aber schlechter als erhofft. Er ist ein typischer Kompromiss zweier Volkspar-

Euro investieren soll, um mitzuhelfen, die Wirtschaft zu aktivieren. Das Signal ist richtig, aber reicht das aus? Notwendig wären mindestens 20 Milliarden. Pro Jahr. Also wieder kurz gesprungen. Und dann auch noch das: Die Menschen in Deutschland sollen mit einer höheren Mehrwertsteuer die Konsolidierung der Haushalte bezahlen. Das ist nicht nur ungerecht, weil wieder die

Besser als befürchtet – schlechter als erhofft

teien, die im Wahlkampf mit politischen Konzepten angetreten sind, die sich in wesentlich Fragen widersprachen. Aber trotzdem bleibt der Auftrag der Wähler. Denn sie haben klar gegen eine radikale Reformpolitik entschieden, die sozialstaatliche Grundsätze über Bord wirft.

Die schlimmsten Befürchtungen sind ausgeräumt. Die Tarifautonomie soll nicht angekratzt werden. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen bleibt bestehen. Schichtzuschläge werden nicht besteuert. Das ist positiv.

Eine Fehlleistung hingegen ist die Einführung einer Probezeit von zwei Jahren bis der Kündigungsschutz greift. Jeder weiß, diese Maßnahme wird nicht einen einzigen Arbeitsplatz in Deutschland schaffen. Im Bazar der Koalitionsverhandlungen brauchte die CDU ein Symbol, um ihre Klientel zu befrieden. Dieses Symbol bezahlen nun Millionen Menschen mit Unsicherheit und Angst vor der Zukunft. Auf der anderen Seite hat die Große Koalition beschlossen, dass der Staat in vier Jahren rund 25 Milliarden

kleinen Leute die Zeche zahlen, sondern für unsere Wirtschaft gefährlich. Wie soll die Kaufkraft steigen, wenn die Waren noch teurer werden? Die Große Koalition hat es versäumt, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und die Erbschaftssteuer zu erhöhen. Diese Quellen werden nicht angezapft. Ich will die Reichensteuer nicht klein reden, aber ein angemessener Beitrag der Reichen und Wohlhabenden an den Kosten der Gemeinschaft ist dies nicht.

Kurzum: Eine klare politische Linie ist nicht zu erkennen. Positive Ansätze werden durch negative aufgehoben. Die neue Bundesregierung beginnt jetzt mit der Regierungsarbeit. Wir werden genau beobachten, in welche Richtung das Pendel ausschlägt.

Jürgen Peters



Foto: picture-alliance / dpa / Zucchi

Bei Nicht-Erreichen Missbrauch?

Wer arbeitslos ist, verliert zunehmend sein Recht auf eine geschützte Privatsphäre. Mit verschärften Kontrollen und automatischem Datenabgleich dringt der Staat immer tiefer in das Privatleben vieler Menschen ein. Datenschützer schlagen Alarm. Doch der Abbau von Grundrechten geht weiter.

Das Telefon klingelte früh am Samstagmorgen. Am Ende der Leitung meldete sich die Arbeitsagentur. Manfred Dotzel, den der Anruf aus dem Bett geholt hatte, stutzte: »Das kann nicht sein, heute ist Samstag«, entgegnete der 56-Jährige noch leicht verschlafen. Der Anruferklärte ihn auf: Er rufe von einem Call Center an und wolle ihm im Auftrag der Arbeitsagentur vier Fragen stellen. Dotzel wurde neugierig, doch schon die erste Frage ließ ihn wieder stutzen. »Sind Sie arbeitslos?«, fragte ihn der Anrufer. Dotzel entgegnete irritiert: »Ich dachte, deshalb rufen Sie an?«

Dotzel lacht bei der Erinnerung an das Gespräch. Doch der Anruf kam nicht von einem

Spaßvogel, sondern tatsächlich im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit (BA). Im Sommer hatte sie ein privates Call Center beauftragt, Arbeitslosengeld-II-Empfänger telefonisch zu befragen. Damit wollte sie nach eigenen Angaben Daten abgleichen und die Vermittlung ankurbeln. Was für Manfred Dotzel wie ein schlechter Scherz am frühen Morgen klang, war jedoch offenbar das Vorspiel einer üblen politischen Kampagne.

Im Herbst präsentierte Ex-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement einen Arbeitsmarktreport, der Arbeitslose indirekt mit Parasiten verglich, und polterte in aller Öffentlichkeit gegen Leistungsbezieher. Seine Missbrauchsvorwürfe stützte der damalige

Bundesminister auch auf Ergebnisse der Telefonbefragung. Sofort sprang ihm der Arbeitgebervertreter im Verwaltungsrat der Bundesagentur, Peter Clever, zur Seite und stellte mehr als 200 000 Arbeitslose unter Verdacht, weil sie telefonisch nicht erreichbar gewesen waren oder Auskünfte verweigert hatten.

Als Dritte im Bunde stießen einige Medien dazu und brachten die »Sozialschmarotzer-Debatte« richtig in Schwung. Mit seinem Arbeitsmarktreport, der im Boulevardstil über angebliche Missbrauchsfälle berichtete, hatte das Bundesministerium die Türen zu den Schlafzimmern der Arbeitslosen geöffnet. Die Medien – allen voran »Bild« und »Spiegel« – nahmen die Einladung an und

Diskretion wird bei Arbeitsagenturen offenbar nicht immer so groß geschrieben.

hechteten den Prüfdiensten hinterher. Dabei sagte der Report nichts über erhebliche Missbrauchsquoten, aber vielleicht etwas über den Umgang von Arbeitsagenturen mit geltendem Recht. So schildert das Ministeriumsblättchen wie ein Mann in aller Frühe vor dem Prüfdienst der Agentur aus dem Bett auf die Terrasse flüchtet. Die Frau, die in der Wohnung lebte, hatte ihn in ihrem Arbeitslosengeld-II-Antrag nicht angegeben. Nach einem Erlass des Bundesministeriums müssen sich Prüfdienste anmelden. Doch hätte ein angekündigter Hausbesuch den Mann morgens im Bett überrascht?

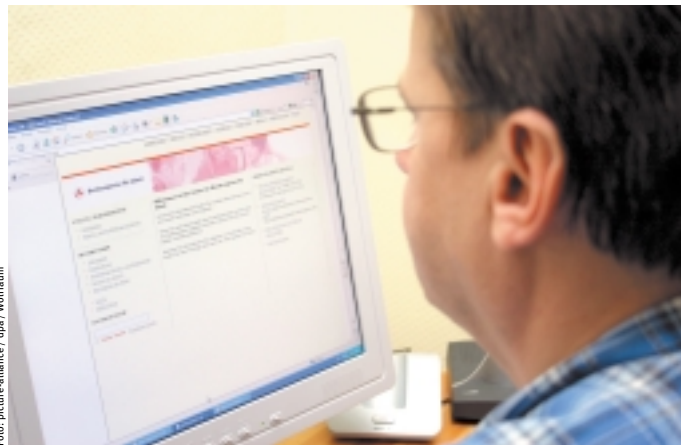
Die Debatte ließ Datenschützer erneut aufhorchen. Bereits im Sommer hatte der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Peter Schaar, die Telefonbefragung der BA kritisiert und ihren sofortigen Stopp gefordert. Die Betroffenen müssten vorab informiert werden. Nur

»Was den Datenschutz betrifft, ist die Bundesagentur ein rechtsfreier Raum. Es ist wirklich ein Grauen, wie dort fundamentale Rechte ignoriert werden – angefangen von den Anträgen bis zur Software, über die noch immer jeder unbemerkt Daten abfragen kann.«

Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter Schleswig-Holstein

so können sie sich in Ruhe überlegen, ob sie an der Befragung teilnehmen. Bei den Datenschutzbeauftragten waren zahlreiche Beschwerden eingegangen. Ungläubig fragten Arbeitslose nach, ob sie tatsächlich verpflichtet seien, Fragen am Telefon zu beantworten. Einige erzählten, sie seien unter Druck gesetzt worden zu antworten, berichtet Bettina Gayk, Sprecherin der Landesbeauftragten für Datenschutz in Nordrhein-Westfalen.

Mit der »Sozialschmarotzer-Debatte« kamen für Schaar auch Zweifel am eigentlichen Zweck der Befragung auf. »Es entsteht der Eindruck, dass die Befragung entgegen der Aussage der BA zur Missbrauchsprüfung genutzt wurde.« Besonders bedenklich stimmt Schaar, dass Arbeitslose unter Verdacht geraten, weil sie von ihrem Recht Gebrauch machen und nicht antworten. »Wenn politisch Verantwortliche einen solchen Generalverdacht aussprechen, stellen sie fundamentale Rechte in Frage.« Schaar warnt vor einer zweiten Ausgrenzung der Arbeitslosen – nach der sozialen könnte nun auch die rechtliche folgen.



Arbeitsloser bei der Jobsuche: Der Druck wächst.

Für die Menschen könnte das wachsende Misstrauen des Staates fatale Folgen haben, fürchtet Beatrice Apka, arbeitslose Diplom-Pädagogin aus Dortmund. Aus Gesprächen mit anderen Arbeitslosen weiß sie, wie sehr die Menschen unter Druck stehen. Nicht wenige denken an Selbstmord. »Und dann

kommt die Agentur mit so einer Nummer und drängt die Menschen noch mehr in die Ecke.«

Auch Rainer Wisniewski fühlte sich kontrolliert, als ihn an einem Samstag morgen der Anruf des Call Centers erreichte. Die Fragen waren völlig überflüssig, erzählt der gelernte Radio- und Fernsehtechniker. Schließlich sollte das Arbeitsamt doch wissen, ob er zurzeit an einer Maßnahme teilnimmt. »Es ist eine Frechheit. Wenn wir etwas vom Arbeitsamt brauchen, können wir oft Wochen warten. Aber Arbeitslose sollen immer bereit stehen.« Von Freiwilligkeit hatte der Anrufer auch ihm nichts gesagt.

Datenschutzbeauftragten wie Thilo Weichert in Schleswig-Holstein ist das Rechtsverständnis der Arbeitsagentur schon lange ein Dorn im Auge. »Beim Datenschutz ist die Bundesagentur ein

rechtsfreier Raum«, sagt Weichert. »Es ist wirklich ein Grauen, wie dort fundamentale Rechte ignoriert werden – angefangen von den Anträgen bis zur Software, über die noch immer jeder unbemerkt Daten abfragen kann.« Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder forderten die Politik auf klar zu stellen: Jeder hat das Recht, die Auskunft

am Telefon zu verweigern. Auch die Weitergabe persönlicher Daten an ein privates Call Center ist rechtlich umstritten.

Für Martin Behrsing, Pressesprecher des Erwerbslosen Forums Deutschland, gerät die Verhältnismäßigkeit der Mittel völlig aus den Fugen. Arbeitslose würden kriminalisiert und mit Mitteln der Rasterfahndung bekämpft – Instrumente, die sonst nur bei einer Bedrohung des Staates eingesetzt werden. »Da wird eindeutig mit Kanonen auf Spatzen geschossen.« Ein Ende ist nicht in Sicht. »Der Abbau der Grundrechte geht weiter.«

Laut Koalitionsvertrag sollen Arbeitslose noch mehr überprüft und eine gesetzliche Grundlage zur Erweiterung des Datenabgleichs geschaffen werden. Die neue Regierung nahm die Kritik der Datenschutzbeauftragten zum Anlass, die umstrittene Telefonaktion zu legalisieren. Sie will Arbeitslose per Gesetz dazu verpflichten, am Telefon Auskünfte zu geben. Datenschützer bezweifeln allerdings, ob das möglich ist. Schließlich hat niemand die Pflicht, ein Telefon zu besitzen. ◀

Fabienne Melzer



BA-Chef Frank-Jürgen Weise: Seine Agentur wird von Datenschützern angegriffen. Vom Fördern merken viele Arbeitslose noch immer nicht viel. Dafür wird von ihnen immer mehr gefordert – demnächst vielleicht die Pflicht, Fragen am Telefon zu beantworten.

Druckmittel Le

Der Anteil von Leiharbeit in den Betrieben wächst. Statt des erhofften Beschäftigungsaufbaus verhindert sie häufig neue Jobs. Die Kernbelegschaften geraten dabei unter Druck.

In der Rheiner Verwaltungsstelle der IG Metall war vergangenes Jahr richtig was los. Erboste Metaller des Autozulieferers Karmann (Rheine) gaben sich die Türklinke in die Hand und machten ihrem Ärger Luft. »Einige«, bedauert der Zweite. Bevollmächtigte Heinz Pfeffer, »sind ausgetreten – wir konnten nicht sehr viel für sie tun.«

Der Ärger der Karmann-Leute war begründet. Jahrelang hatten sie, einen befristeten Arbeitsvertrag in der Tasche, für Karmann die Kohlen aus dem Feuer geholt; doch als der Vertrag dann ausgelaufen war, blieb die Festeinstellung aus – obwohl genügend Arbeit da war.

Stattdessen wurden die Befristeten zu einem Verleiher geschickt. Einen Tag nach ihrem Ausscheiden, erinnert sich Pfeffer, »waren alle wieder an ihrem Arbeitsplatz«. Allerdings erhielten sie wesentlich weniger Geld. Von etwa 15 Euro die Stunde, schätzt Betriebsratsmitglied Angelika Quindt, blieben ihnen höchstens zehn. Und das bei einer Umsatzsteigerung der Karmann-Gruppe von 16 Prozent auf 2,8 Milliarden Euro. Der westfälische Hersteller von Auto-Karosserien ist kein Einzelfall (siehe Kasten auf Seite 15). Gang und gäbe ist Leiharbeit bei-

Werftarbeiter bei Blohm & Voss Repair, Hamburg, Betriebsratsvorsitzender Csambal (rechts): »Leiharbeiter sind oft schlechter qualifiziert«

Foto: Cordula Kropke

Leiharbeit

spielsweise in der Automobil-Industrie. Bei BMW in Leipzig liegt der Anteil der Leiharbeiter bei 35 Prozent, bei gut 2000 Beschäftigten sind das immerhin 700 Leute. Sie tragen dieselben Arbeitsklamotten, werden sogar vom BMW-Betriebsrat betreut, sind seit Monaten dabei – und gehören dennoch nicht richtig dazu.

Der Grund dafür: Die Leiharbeiter verdienen mindestens ein Drittel weniger als die festen BMW-Beschäftigten. Und ihr Gastspiel kann jeden Tag auslaufen. »Die fühlen sich als Menschen zweiter Klasse«, weiß Betriebsratsvorsitzender Jens Köhler, »die werden geheuert und gefeuert, manchmal von einem Tag auf den anderen.«

Und warum spielt der Betriebsrat da mit? »Ohne die Zustimmung des Gesamtbetriebsrats zu diesem Personalkonzept«, glaubt Metaller Köhler, »hätte BMW hier nicht produziert.«

Auch im Landshuter BMW-Werk gehören Leiharbeiter längst zur Normalität. Auf diese Weise spart die Autofirma viel Geld. Manche »Feste« aber sind davon zunehmend genervt. »Viele spüren den Druck«, sagt Bernhard Ebner, Betriebsratsmitglied bei BMW in Landshut, »die billigeren Leiharbeiter werden als Vorbilder für unsere festen Leute hingestellt.«

Das genau ist der Trick. Schon die Anwesenheit der Leiharbeiter wirke »disziplinierend«, klagt der Jenaer Soziologe Klaus Dörre. Klotzten Leiharbeiter in der Hoffnung auf ihre Übernahme ran, fürchteten Feste, dass sie an deren Pensum gemessen werden. »Also werden sie ebenfalls mehr arbeiten«, weiß Dörre. Ein hässliches System.

Zusätzlich schwächt es auch noch die Betriebsräte: Ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts (AZ 7 ABR 53/02) sieht Leiharbeiter nämlich nur als eine Art Zugabe an – obwohl sie in die Arbeitsabläufe einbezogen sind. Bei der Bemessung der Belegschaftsstärke, für die Anzahl der Betriebsräte maßgebend, zählen Leiharbeiter daher nicht mit. Da hilft auch alles Gerede vom »Sprungbrett«

nichts. Denn dass Leiharbeiter nach einem Einsatz im Entleihbetrieb übernommen werden, ist eher die Ausnahme. Kein Wunder, dass die Anzahl der Beschäftigten stagniert. »Leiharbeiter werden nicht nur mehr in Fällen eines vorübergehend erhöhten Personalbedarfs beschäftigt, sondern sie werden auf Arbeitsplätzen eingesetzt, deren Besetzung dauerhaft und betriebsnotwendig sind«, kritisiert Wilhelm Adamy vom Deutschen

werden bis zu 50 Prozent der Dauerarbeitsplätze dauerhaft mit Leiharbeitnehmern besetzt.« Und wo bleibt die Verantwortung der Arbeitgeber? Stehen die nicht in der Pflicht, wenn es um sichere und zusätzliche Arbeitsplätze geht? Von wegen, analysiert ein DGB-Bericht an die Regierung, »durch die Verlagerung auf Leiharbeit wird das Beschäftigungsrisiko weitgehend auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlagert«.

Beispielsweise der Schiffsbau – auch so ein Bereich, der intensiv auf Leiharbeit setzt. Der aktuellen »Schiffbauumfrage« zufolge, vom Bremer Institut für Soziologie vorgelegt, hat sich der Auftragsboom vom Vorjahr fortgesetzt. Von September 2004 bis August 2005 hätten die deutschen Werften 60 Prozent mehr Aufträge als im Vorjahr erhalten. Die Anzahl der Beschäftigten ist jedoch um drei Prozent gesunken. Dafür beschäftigen die Betriebe im Durchschnitt zwölf Prozent Leiharbeiter, rund 3500 insgesamt. Offensichtlich verdrängt die Leiharbeit reguläre Jobs.

Die Werft muss atmen, sagen die Schiffbauer, Schiffe bauen und reparieren ist Saisonschäft. Und wenn die Beschäftigten dabei erstickten? »Viele unserer Leiharbeiter waren



Produktion bei BMW, Leipzig: »Leiharbeiter Menschen Zweiter Klasse«

Gewerkschaftsbund (DGB). Neben der Automobilindustrie und deren Zulieferern seien vor allem die Elektroindustrie und der Maschinenbau betroffen. Adamy: »Teilweise

Studie

Leiharbeit drängt direkte Beschäftigung zurück

Gut 15 000 Betriebe in Deutschland nutzten Leiharbeit, um zusätzliche Beschäftigung zu verhindern. Zu diesem Resultat gelangt eine repräsentative Studie des Instituts für Arbeitsmarktforschung (IAB) und des Instituts für Soziologie an der Uni Erlangen.

Der Untersuchung zufolge, die auf einer repräsentativen Befragung von Arbeitgebern basiert, setzen im Durchschnitt drei Prozent aller Betriebe Leiharbeiter ein, fast die Hälfte davon allerdings »intensiv«. In diesen Betrieben liegt der Leiharbeiter-Anteil bei über zehn Prozent. Markus Promberger, IAB-Experte für Leiharbeit: »Intensivnutzer finden sich vor allem in hochtarifigen Fertigungsbetrieben des verarbeitenden Gewerbes.« Dazu zählen beispielsweise die Automobilindustrie und deren Zulieferer.

Der Studie zufolge ist Leiharbeit vor allem in Großbetrieben mit mehr als 500 Mitarbei-

terinnen und Mitarbeitern stark verbreitet: 39 Prozent nutzten sie. Zudem zeige die wachsende Zahl von Dienstleistungsbetrieben mit Leiharbeit, »dass diese atypische Beschäftigungsform sich über ihren industriellen Ursprung hinaus auszubreiten beginnt«. Teilweise bewirke der Einsatz von Leiharbeit schon heute einen »Rückgang direkter Beschäftigung« in den Nutzerbetrieben.

In der Regel sei die Zahl der jeweils eingesetzten Leiharbeiter allerdings eher niedrig. Vier von fünf Betrieben mit Leiharbeit setzten höchsten fünf Leiharbeiter ein.

Verglichen mit anderen atypischen Beschäftigungsformen hinke die Leiharbeit weit hinterher: So arbeiteten im vergangenen Jahr knapp sieben Millionen Menschen Teilzeit, 1,8 Millionen befristet – bei nur 283 000 Leiharbeitern. ◀



Produktion bei Schmitz Cargo Bull, Altenberg: »Gleicher Lohn bei Mehrarbeit«

Foto: Wilfried Hagemann

früher »fest« und sind bei Sanierungen rausgeflogen«, sagt Michael Ehlert, Betriebsratsmitglied bei Blohm & Voss in Hamburg. Über die Leiharbeit kommen sie wieder in den Betrieb – für erheblich weniger Geld.

Andere Leiharbeiter sind schlechter qualifiziert. »Sie leisten weniger als unsere eigenen Leute«, klagt Manfred Csambal, Betriebsratsvorsitzender bei Blohm & Voss Repair (Hamburg), »trotz der niedrigeren

Leiharbeiterlöhne spart die Werft kein Geld.« Doch wenn die Arbeit knapp ist, werden sie nach Hause geschickt – bis zum nächsten mal. So atmet die Werft.

Oder der Maschinenbau. Die Branche boomt immerhin schon das dritten Jahr in Folge, doch neue Arbeitsplätze hat das bisher natürlich nicht gebracht. Ganz im Gegenteil. Gegenüber dem Vorjahr wurden 7000 Arbeitsplätze abgebaut. Dafür beschäftigt jeder

zweite Betrieb Leiharbeiter. Im Juni zählte die Branche 22 000 Leiharbeiter, das sind 5000 mehr als ein Jahr zuvor.

Klar, sagt Wolfgang Walter, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender im Berliner Siemens Messgerätekwerk, Leiharbeiter verhindern feste Beschäftigung. Aber Leiharbeit bei Auftragsspitzen ablehnen? »Da die Geschäftsleitung jahrelang Neueinstellungen blockiert hat, ist die Einstellung von Leiharbeitern wenigstens für Arbeitssuchende ein Fortschritt«, glaubt der Metaller. Vor allem, wenn wie im Messgerätekwerk parallel Überstunden abgebaut werden. »Die Stamm-Betriebschaft ist zufrieden, wenn sie nicht auch noch Samstags kommen muss.«

Und wie geht es den Leiharbeitern dabei?

»Wir achten darauf«, sagt Walter, »dass die nach Tarif des Deutschen Gewerkschaftsbunds bezahlt werden.« Ansonsten, befürchtet der Metaller, würde Siemens die Preise noch weiter drücken: »Was Leiharbeiter verdienen, ist denen wurscht.«

Fritz Arndt

Nachgefragt . . .

metall: Stimmen Betriebsräte der Einstellung von Leiharbeitern zu leichtfertig zu?

Ulber: Teilweise ja. Dabei schaufeln sie sich oft ihr eigenes Grab – beispielsweise, wenn Dauerarbeitsplätze mit Leiharbeitern besetzt werden.

metall: Wieso?

Ulber: Erstens wird die Wirkung des Flächentarifvertrags eingeschränkt – und das in einer Situation, in der wir für den Erhalt der Flächentarifverträge kämpfen; zweitens werden die Handlungsmöglichkeiten bei Tarifaufeinandersetzungen eingeschränkt, so dass selbst Warnstreiks kaum noch möglich sind. Schließlich verhindert der Einsatz von Leiharbeitern auch, dass befristet Beschäftigte übernommen werden. Eine falsche und in ihren Auswirkungen katastrophale Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts erlaubt den Arbeitgebern nämlich, statt der Übernahme erst einmal auf Leiharbeit zu setzen.

metall: Macht Leiharbeit die Betriebe nicht flexibler?

Ulber: Dieses Argument ist vor allem bei der Besetzung von Dauerarbeitsplätzen meist vorgeschoben. Wenn es nur um Flexibilität ginge, könnten die Betriebe auf wirksamere

. . . bei Jürgen Ulber, Sachbearbeiter für Betriebsverfassungs- und Unternehmensrecht beim IG Metall-Vorstand.

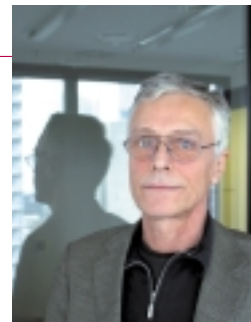


Foto: Michael Schinke

die im Entleihbetrieb üblichen Zuschläge erhalten.

metall: Was können Betriebsräte tun?

Ulber: Nach Paragraph 23,3 des Betriebsverfassungsgesetzes sind die Betriebsräte

Alternativen zurückgreifen.

metall: Welche Alternativen?

Ulber: Fehlt bei Auftragsspitzen beispielsweise Personal, könnten Arbeitszeitkonten genutzt oder Arbeitslose befristet beschäftigt werden. Zudem könnten Beschäftigte anderer Betriebe aushelfen. Die IG Metall hat dafür einen bundesweit geltenden Tarifvertrag mit allen Metallarbeitgebern vereinbart. Er garantiert den überlassenen Beschäftigten volles Tarifniveau.

metall: Immerhin gibt es inzwischen auch einen Tarifvertrag für Leiharbeiter . . .

Ulber: . . . der Leiharbeiter aber immer noch schlechter stellt als fest eingestellte Kollegen. Für Leiharbeiter im Leistungslohn gilt dieser Tarifvertrag übrigens nicht. Sie müssten also nach dem gesetzlichen Grundsatz des »equal pay« so viel verdienen wie ihre fest beschäftigten Kollegen, und sie müssten zudem

dazu verpflichtet, auch die Interessen der Leiharbeiter zu vertreten. Leider geschieht dies häufig nur unzureichend, obwohl bei Verleihern überwiegend keine Betriebsräte bestehen. Teilweise werden nicht einmal die Mitbestimmungsrechte bei Einstellungen oder bei der Arbeitszeit von Leiharbeitern wahrgenommen. Laut Betriebsverfassungsgesetz können solche Verstöße zum Ausschluss aus dem Betriebsrat führen.

Buchtipps: Hans-Jürgen Ulber: Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und Arbeitnehmerentsendegesetz, dritte überarbeitete Auflage 2005, Bund-Verlag, 750 Seiten. Schwerpunkte: Vorschriften zum Gleichstellungsgebot von Leiharbeitnehmern und Stammbetriebschaft, Änderungen im Befristungs- und Kündigungsschutz, neue Rechtsprechung des BAG. Preis: 128 Euro. ◀

»Schippe drauf«

Der Flyer des Schmitz Cargobull-Betriebsrats (Altenberge) ist bunt und knapp. Innen stehen Telefonnummern der Betriebsräte und Tipps für Leiharbeiter, vorne beschreibt eine Skizze den Weg ins Betriebsratsbüro. »Damit uns auch die Leiharbeiter finden«, erläutert Betriebsratsvorsitzender Charlie Röhrich den Zweck.

Bis zu 280 Leiharbeiter sind in der Produktion des Anhängerbauers beschäftigt – für rund 200 Euro weniger im Monat als die Festbeschäftigten. Probleme sind programmiert. »Leiharbeiter können leicht unter Druck gesetzt werden«, hat Röhrich erkannt, »bei Strafe des sofortigen Abmeldens sollen sie immer noch eine Schippe drauf legen. So machen sie die Zeiten unserer Leute kaputt.«

Also haben es sich die Altenberger Betriebsratsmitglieder zur Aufgabe gemacht, auch die Leiharbeiter in ihrem Betrieb zu unterstützen. Neulich, beispielsweise, hat ein Verleiher einen Arbeiter von einem auf den anderen Tag abgezogen – obwohl noch reichlich Arbeit da war. Röhrich hat sofort reagiert und den Disponenten einbestellt. »So stellen wir uns den Umgang mit Leiharbeitern nicht vor«, gab er dem Verleiher zu verste-

hen; wenn sowas nochmal vorkomme, »stimmen wir Einstellungen Ihrer Leute nicht mehr zu«. Seitdem zeigt sich der Verleiher kooperativ. Ohnehin lässt der Betriebsrat bei Schmitz Cargobull nur Verleihfirmen rein, die eigene Betriebsräte haben oder nach dem Tarif für Zeitarbeiter (IGZ/BZA) zahlen. Obendrauf kommen dann fällige Bonuszahlungen von Schmitz Cargobull. Derzeit sind es noch 50 Prozent, Ziel ist der volle Betrag.

Ein weiteres Zeichen haben die Metaller mit dem »equal pay«-Prinzip bei Mehrarbeit an Wochenenden gesetzt: Leiharbeiter erhalten die gleichen Zuschläge wie ihre festen Kollegen. Gegen die Praxis des Heuerns und Feuerns will der Betriebsrat mit einer Regelung nach dem

Motto »First in – last out« angehen. »Leiharbeiter, die am längsten bei uns arbeiten, dürfen als letzte abgezogen werden«, fordert Röhrich. Auf diese Weise werde viel Druck von ihnen genommen, ihr Arbeitsleben werde berechenbarer.

Wegweisend ist auch der Status der Leiharbeiter bei Daimler-Chrysler in Wörth. In dem Werk sind derzeit 350 im Einsatz, und alle kommen von der gemeinnützigen Zeitarbeitsfirma »Gabis«. Die geliehenen Gabis-Leute erhalten in Wörth das gleiche Entgelt wie die DC-Beschäftigten, die gleichen Schicht- und die gleichen Überstundenzuschläge. »Nur unter dieser Voraussetzung«, sagt Betriebsratsvorsitzender Gerd Rheude, werde Leiharbeit toleriert: »Ich würde niemals akzeptieren, dass der Kollege, der rechts vom Fahrzeug arbeitet, sieben Euro die Stunde verdient, und der auf der linken Seite 14.«

Dabei hat der Verleiher Gabis, von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Kirchen getragen, zahlreiche Langzeitarbeitslose unter Vertrag. Menschen also, die chancenlos waren. Auch für diese scheinbar gehandicapten Kollegen gilt im Einsatzbetrieb »equal pay«. »Diese Leute erhalten bei uns die Chance, genau so viel zu leisten wie unsere Festen«, sagt Rheude. Und die nutzen sie auch: Rund 400 hat Daimler-Chrysler inzwischen übernommen. Pech für den Rest der Verleiher-Branche, die die üblichen Abschläge für die Leiharbeiter stets in die eigene Tasche steckt. ◀



Betriebsratsvorsitzender Gerd Rheude, Daimler-Chrysler Wörth: »Leiharbeit nur bei gleichem Lohn«

Foto: Graffiti / Storz

Anzeige

Unternehmensberatung
Gender Mainstreaming
Branchenkonzepte
Turn-around-Beratung

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft
für Innovation, Strukturpolitik
und Arbeit mbH
Westring 26a | 44787 Bochum

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de

Rolf Plake:
rplake@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT

Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit GmbH



Beratung von Betriebsräten

Krisen bewältigen und gleichzeitig Zukunftschancen für Unternehmen erarbeiten - mit einem integrierten Leistungsprofil bietet die ISA Consult GmbH dafür kundenorientierte Beratungen an - und das bereits seit 1991.

Auf Grundlage des § 80.3 bzw. § 111 BetrVG berät die ISA Consult Betriebsräte als externe Sachverständige dabei,

- Konzepte und Pläne des Arbeitgebers qualifiziert zu bewerten
- auf Grundlage des § 92a BetrVG eigene Vorschläge für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu erstellen und
- diese in die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber einzubringen.

Die ISA verfügt über 30 erfahrene Beraterinnen und Berater mit spezialisierten betriebswirtschaftlichen, arbeitswissenschaftlichen, gleichstellungsorientierten Fachkenntnissen an vier Standorten - Bochum, Berlin, Hamburg und Frankfurt.

Aus diesem BeraterInnenstamm werden die Teams genau auf die jeweilige Aufgabe und den Kunden, unter Berücksichtigung der jeweiligen Branche, zugeschnitten. Durch die aktive Einbeziehung des Betriebsrates kontrolliert dieser jederzeit das Verfahren.

Darüber hinaus entwickelt das Team der ISA Consult in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten im Unternehmen passgenaue Konzepte zur Organisations- und Personalentwicklung oder organisiert betriebliches Coaching und Führungskräfte training, was gleichstellungsorientiert erfolgen kann. Sie erarbeitet gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaften Konzepte für Zukunfts- und Brancheninitiativen und setzt sie im Dialog mit Unternehmensvertretern um.

Kurzum: Methodisches Vorgehen, fachliches Know-how und die Beteiligung der betroffenen Beschäftigten sind die Grundlagen unserer erfolgreichen Arbeit.

Wie trennt man sich rechtlich korrekt von leistungsschwachen Mitarbeitern?

Sehr geehrte Damen und Herren,

das aktuelle Kündigungsschutzgesetz bietet Ihnen Möglichkeiten, sich jetzt endlich von schwachen Mitarbeitern zu trennen. Denn Sie können bei einer betriebsbedingten Kündigung Ihre Leistungsträger aus der Sozialauswahl ausklammern.

Wie immer bei der Anwendung und Auslegung von Gesetzen gibt es dabei jedoch eine Reihe von Kniffen und Vorsichtsmaßnahmen, die beachtet werden müssen. Damit Sie von der ersten Abmahnung bis zum endgültigen Ausscheiden keine folgenschweren Fehler machen, benutzen Sie am besten rechtssichere und anwaltsgeprüfte Vorlagen aus „Abmahnung und Kündigung – die neuen Muster für Abmahnungs- und Kündigungsschreiben, Befristungs- und Aufhebungsverträge auf CD-ROM“.

Die Musterschreiben und Vordrucke entsprechen allen aktuellen, gesetzlichen Vorschriften. Aus über 250 Musterformulierungen können Sie in Sekundenschnelle die für Sie passende Vorlage auswählen – einfach die individuellen Daten eingeben und ausdrucken. Die Formulare und Arbeitshilfen bieten Rechtssicherheit und sind praxisgerecht aufbereitet.

Schreiben des Forum Verlags, Merching

Für unseren Bereich **Lager und Versand** suchen wir zum **schnellstmöglichen Eintritt** den zuverlässigen, belastbaren

jungen Mitarbeiter

der noch ein Paket tragen kann, ohne gleich zusammenzubrechen.

Schriftliche Bewerbungen bitte an:

Bender Schilder GmbH, [REDACTED]

Anzeige aus »Siegener Zeitung«

Unternehmerin sucht für Chemnitz, 2 leidende Mitarbeiter zur Betreuung von Teams. Info und Termin [REDACTED]

Anzeige aus »Freie Presse«, Plauen

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von **metall**-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main



Künstler in der IG Metall

Neuer Ansatz in der Bildung

Kultur und Bildungsarbeit – geht das in der IG Metall? Sehr gut sogar. Mit Künstlern, die aus der IG Metall kommen oder ihr nahe stehen. Die Werner-Bock-Schule in Beverungen bietet das Programm an.

Einmal im Jahr treffen sie sich in der Werner-Bock-Schule der IG Metall-Bildungsstätte in Beverungen. Sie veranstalten ein Seminar, sprechen über ihre künstlerischen Ambitionen und darüber, wie sich Künstler »in Bildungsarbeit und Gewerkschaftsarbeit einbinden lassen können«, wie Schulleiter Werner Kraus sagt. »Für die meisten, denen wir Kultur anbieten, ist dieser Ansatz neu.«

Höhepunkt des Treffens ist dann die »Kulturnacht«, auf der die Künstler ihr Können zeigen. Hierzu lädt die Bildungsstätte ein. Und viele kommen. Gewerkschafter, Einwohner von Beverungen und andere Gäste.

Sie machen Kabarett, Musik und Theater oder alles zusammen. Wie Ekki Radau. Begleitet von Benni Düring am Klavier trägt er mit viel Witz und Charme vor, wie aktuell die Texte von Kurt Tucholsky und Erich Kästner noch heute sind. Oder Einhart Klucke, der in seinem neuen Soloprogramm über Gott und die Welt und drumherum erzählt.

Oder die Band »Spätlese – Rot & Trocken«, vier Vollblutmusiker, von denen jeder für sich ein Individualist ist, die aber gemeinsam eine großartige Band bilden. Ihr Name ist Programm: Sie suchen nach Liedern und Musik, die wie ein klassischer Rotwein von faszinierender Vielfalt geprägt sind. Ihr Sänger Fred Meier-Klocker hat als »Freddy Caruso« den alternati-

ven »Grand Prix d'Eurovision« gewonnen.

Politischen Folk-Rock spielt die Gruppe »Radikale Phantasie«. Die Gruppe besteht aus fünf bis sechs Personen. Sie treten aber auch mal Solo oder als Duo auf und suchen immer wieder neue Lieder zum Nachsingen. »Die Weber« sind Arno Dinse und Dieter Schäfer. Sie singen und spielen schon viele Jahre zusammen. Ihr Thema sind die Arbeits- und Lebensbedingungen. Ihr Repertoire reicht vom Seemanns Shanty zum »Working Blues«, vom Flugblattlied zum Brecht'schen Theatersong. »Damiana« ist ein Percussion-Ensemble. Sie spielen mit afrikanischen Trommeln und versuchen, in die Klangzyklen eigene Gesänge und Arrangements einzuflechten. Die Rhythmik der afrikanischen Trommeln ist für die Gruppe Basis und Ursprung der Musik.

Jürgen »Bully« Grundmann ist ein Liedermacher. Seine ironisch-satirischen Lieder textet und komponiert er selbst. Und weil er gerne musiziert, macht er immer wieder Ausflüge in Rock-, Pop- und Countrywelt. Ganz anders Ella Deppe und Manfred Schneider, die als Duo »Druschba« das Publikum auf eine musikalische Reise durch viele Länder der Welt mitnehmen. Oder die Gruppe »Tap 'n Drum« die mit Schlagzeug und Steptanz den Rhythmen Beine machen.

Weitere Informationen über die Künstler gibt es bei Lothar Joos@igmetall.de. ◀



Das Percussion-Ensemble »Damiana«: Rhythmik als Ursprung der Musik



Das Duo »Die Weber«: Musikalisch am Folk-Rock orientiert



Liedermacher »Bully« Grundmann: Programm für Herz und Hirn



Die Gruppe »Radikale Phantasie«: Lieder zum Nachsingen



Die Gruppe »Tap'n Drum«: Rhythmen, die Beine machen



Die Band »Spätlese – Rot & Trocken«: Mal temperiert, mal rassig

Gerecht einkaufen

Hungerlöhne und Rechtlosigkeit vieler Menschen sind oft noch immer der Preis für Unternehmensgewinne. Der Druck der Verbraucher wirkt nur langsam – aber er wirkt.

Die Schultern hochgezogen, die Hände bedauernd nach oben gewendet, so blickt das Strichmännchen aus dem Schaufenster der Tchibo-Filiale. »Bereits reserviert« steht auf dem Schild mit der kleinen Zeichnung. Nur 22,99 Euro sollte die Kinder-Winterjacke kosten. Bei solchen Preisen schlagen viele zu. Tchibo-Schnäppchen sind begehrt, schnell ausverkauft, und sie bescherten dem Hamburger Konzern im vergangenen Jahr beachtliche Umsatzsteigerungen. Doch Schnäppchen und hohe Gewinne haben oft eine Kehrseite: miserable Arbeitsbedingungen in den Fabriken der Billig-Lohn-Länder. Könnten die Jacken, Socken und Baby-Hemdchen sprechen, sie hätten viel zu erzählen – von 19-Stunden-Tagen, von 13-Euro-Monatslöhnen oder von alltäglichen Arbeitsrechtsverletzungen. Erst vor kurzem deckte eine Studie der Kampagne für saubere Kleidung menschenunwürdige

Arbeitsbedingungen in einer Textilfabrik in Bangladesch auf, die für Tchibo produziert. Der Hamburger Kaffeeröster reagierte und legte nach eigenen Angaben alle Aufträge auf Eis.

Schlechte Nachrichten schaden dem Image – und das ist schlecht fürs Geschäft. Kampagnen von Gewerkschaften und Globalisie-



Gütesiegel: Keine Kinderarbeit

ungsgegnern haben die Menschen in Deutschland sensibilisiert. Die Macht der Verbraucher kennen Unternehmen spätestens, seit der Ölkonzern Shell vor gut zehn Jahren erfolglos versuchte, die Öl-Plattform »Brent Spar« im Meer zu versenken. Zwar sind sozial motivierte Käufer noch immer in der Minderheit – fair gehandelter Kaffee kommt auf einen Marktanteil von knapp einem Prozent. Doch Waren, denen der Ruf anhaftet, an ihnen klebe Blut, werden heute schnell zum La-

denhüter. Viele Konzerne reagieren auf den Druck. So veröffentlichten der Jeansproduzent Levi's und der Sportartikelhersteller Nike jetzt die Listen ihrer Zulieferbetriebe.

Das Klima hat sich gewandelt, bestätigt Klaus Priegnitz, bei der IG Metall in Frankfurt zuständig für internationale Fragen. Doch freiwillige Selbstverpflichtungen sind für ihn nur der zweitbeste Weg. Der Gewerkschafter warnt vor einer schleichenden Privatisierung sozialer Rechte. Damit soziale Fragen verbindlich geregelt werden, setzen sich die IG Metall und andere Gewerkschaften dafür ein, mit Konzernen Internationale Rahmenvereinbarungen abzuschließen (siehe Tabelle und **metall** 10).

Freiwillige Vereinbarungen bieten den Beschäftigten oft nur minimale Standards, kritisiert Christiane Schnura von der Kampagne für saubere Kleidung. Da ist fast immer vom gesetzlichen Mindestlohn des jeweiligen Landes die Rede. Doch der reicht gerade für ein Leben von der Hand in den Mund. »Die Menschen brauchen Löhne, die ihnen eine Altersvorsorge ermöglichen.«

Die Kampagnen haben viele Menschen sensibilisiert. Dennoch ist es nicht einfach, beim Einkauf sozial sauber zu bleiben. T-Shirts, Computer und Puppen sieht niemand an, unter welchen Bedingungen sie hergestellt wurden. Auch Schnäppchenpreise sind keine eindeutigen Hinweise auf miserable Arbeitsbedingungen. Teure Markenhersteller gerieten auch schon in die Kritik. Sicherheit bieten Siegel wie Transfair und Gepa (siehe Kasten). Doch sie führen leider noch immer ein Nischendasein.

Von einem Kaufboykott rät die Kampagne für saubere Kleidung allerdings ab. Der schadet in erster Linie den Menschen, die nur ihre Arbeitskraft besitzen. Deshalb fordert die Kampagne Tchibo-Kunden auf, bei jedem Einkauf nachzufragen, woher die Ware kommt und unter welchen Bedingungen sie produziert wurde. Die Näherinnen in Bangladesch brauchen ihre Arbeit. Aber ihre Arbeitsbedingungen müssen sich ändern. ◀

Fabienne Melzer

Internationale Rahmenvereinbarungen

Unternehmen	Arbeitnehmer	Land	Branche	Jahr
Danone	100 000	Frankreich	Nahrungsmittel	1988
Accor	147 000	Frankreich	Hotelindustrie	1995
IKEA	84 000	Schweden	Möbelindustrie	1998
Faber-Castell	6 000	Deutschland	Büroartikel	1999
Chiquita	26 000	USA	Landwirtschaft	2001
Volkswagen	325 000	Deutschland	Automobilindustrie	2002
Daimler-Chrysler	372 500	Deutschland	Autoindustrie / LRI	2002
Leoni	29 900	Deutschland	Kabel (Auto / Computer)	2003
GEA	14 000	Deutschland	Maschinenbau	2003
Rheinmetall	25 950	Deutschland	Verteidigung / Automotive / Elektronik	2003
Hennes & Mauritz	40 000	Schweden	Handel	2004
Bosch	225 900	Deutschland	Elektronik / Automotive	2004
Prym	4 000	Deutschland	Metallverarbeitung	2004
Renault	130 700	Frankreich	Autoindustrie	2004
BMW	106 000	Deutschland	Autoindustrie	2005
EADS	110 000	Niederlande	Luft- / Raumfahrt	2005
Gebrüder Röchling	8 000	Deutschland	Kfz-Zulieferindustrie	2005
Schwan-Stabilo	3 000	Deutschland	Schreibmaterial	2005
Arcelor	95 000	Luxemburg	Stahlindustrie	2005

»Internationale Rahmenabkommen« werden zwischen Gewerkschaften und Konzernen abgeschlossen. Darin verpflichten sich die Unternehmen, an allen Standorten auf der ganzen Welt soziale Mindestanforderungen zu erfüllen. Die Tabelle zeigt eine Auswahl.



Foto: Edgar R. Scherpall

Kampagnen und Gütesiegel

Die Wegweiser

Der Weg zum fairen Einkauf ist nicht einfach. Gütesiegel machen die Sache leichter.

Kampagne für saubere Kleidung: Rund zwei Drittel aller Textilien, die über deutsche Ladentische gehen, wurden in Asien, Mittelamerika und Osteuropa genäht. Die Näherinnen arbeiten zum Teil unter miserablen Bedingungen. Seit 1990 kämpft die **Kampagne für saubere Kleidung** für bessere Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie weltweit. Zu den Trägern der Kampagne zählt auch die IG Metall. Die Träger haben einen Verhaltenskodex entwickelt, der auf den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation beruht. In Deutschland hat bisher nur der Textilversandhandel »hess natur« die Standards übernommen. www.saubere-kleidung.de, www.ciromero.de ◀

Forest Stewardship Council: Das Zertifikat des Forest Stewardship Council (FSC) ist bislang das einzige weltweit gültige Siegel für nachhaltige Waldbewirtschaftung. Bei der Vergabe werden sowohl ökologische als auch soziale Anforderungen beachtet. Die Hersteller verzichten auf Monokulturen und



Kahlschlag. Sie beschäftigen ihre Arbeiter möglichst ganzjährig und geben ihnen die Möglichkeit, sich weiterzubilden. Zum FSC gehören neben der

Holzindustrie und Umweltverbänden auch Gewerkschaften wie die IG Metall. Das Zertifikat bezieht sich bisher nur auf den Rohstoff Holz. Es gibt aber Überlegungen, das Siegel auf die gesamte Produktionskette auszuweiten.

www.fsc-deutschland.de ◀

Flower Label Programm: Auf den Blumenplantagen in Asien und Lateinamerika leiden viele Beschäftigte unter schlechten Arbeitsbedingungen und dem gesundheitsschädigenden Einsatz von Pestiziden. Um Arbeitsbedingungen auf den Blumenplantagen zu verbessern, hat das Food First Informations- und Aktionsnetzwerk



(FIAN) 1999 mit Importeuren und Floristen in Deutschland ein Überkommen über das Flower Label Programm (FLP) erzielt. FIAN nennt im Internet Läden, die Blumen mit dem FLP-Siegel führen. www.fairflowers.de ◀

Rugmark: Die Rugmark-Initiative kämpft gegen ausbeuterische Kinderarbeit in der Teppich-Industrie. Ihr Siegel erhalten nur Betriebe, die



keine Kinder unter 14 Jahren beschäftigen. Gleichzeitig fließt ein Prozent des Importwerts von Rugmark-Teppichen in Sozial-

programme für Kinder. www.rugmark.de ◀

gepa: Seit 30 Jahren bietet die Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt, kurz gepa, in Deutschland Produkte aus dem fairen Handel an. Zum Angebot gehören neben Kaffee und Tee auch Reis, Blumenerde und Bälle. Gepa vertreibt ihre Waren über Dritte-Welt- und Naturkostläden sowie über den Lebensmitteleinzelhandel.

www.gepa3.de ◀

Transfair: Der Verein zur Förderung des fairen Handels mit der Dritten Welt setzt sich seit 15 Jahren für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen der Produzenten in der Dritten Welt ein. Transfair handelt nicht selbst mit Waren. Der Verein vergibt ein Siegel und kontrolliert die Einhaltung der Bedingungen des fairen Handels. Mittlerweile tragen eine ganze Reihe



von Lebensmitteln das Transfair-Siegel, wie Bananen, Honig, Kakao, Zucker, Bananen und Orangensaft. Fast alle großen Supermärkte bieten Transfair-Produkte an. www.transfair.org ◀

Spielwarenindustrie

Spielend Umsatz machen

In der Weihnachtszeit entscheidet sich für die Spielwarenindustrie, ob es ein gutes Jahr wird.

Die Prognose für 2005: Es wird nicht mehr gekauft werden als 2004, aber auch nicht weniger. Die mittelständisch geprägte Branche hat mit vielen Problemen zu kämpfen. Größte Sorge: der Geburtenrückgang.



Modelleisenbahn von Märklin: Einfache Montagetätigkeiten verlagert

Weihnachten bringt's – muss es bringen. Die Spielwarenindustrie ist auf das »Fest der Freude« als Umsatzmotor angewiesen. Auf Teufel komm raus. Was das Christkind unter den Tannenbaum legt, wurde im Frühjahr und Sommer produziert. In Nürnberg, im Schwarzwald, im Erzgebirge, meist aber in China. Das Geschäft mit Puppen, Eisenbahnen, Brettspielen ist ein Saisongeschäft. Zwischen 40 und 60 Prozent der Spielwaren gehen im November und Dezember über den Ladentisch.

Die Branche hat Schwierigkeiten, auch wenn die Gabentische sich biegen. Der Geburtenrückgang macht den Herstellern zu schaffen. 2004 kamen 70 000 Kinder weniger zur Welt als im Vorjahr. Der Markt schrumpft also um 70 000 potenzielle Konsumenten, Tendenz fallend. Darüber hinaus macht den Produzenten traditioneller Spielwaren das veränderte Verhalten der Kleinen Schwierigkeiten. Immer früher legen die Kinder Plüschtiere oder Modellbaukasten beiseite und widmen sich Computer und iPod.

Dennoch blieb im vergangenen Jahr der Umsatz halbwegs stabil. Knapp 3,2 Milliarden Euro setzte die Spielwarenindustrie 2004 um, 1,61 Prozent weniger als im Vorjahr. Als zusätzliche Konsumentengruppe haben die Hersteller die Erwachsenen entdeckt. Hochpreisige Sammlerpuppen kommen auf den Markt, oder Modelleisenbahnen, bei denen alleine die Lokomotive 700 Euro oder mehr kostet.

Die meisten der teuren Schmuckstücke werden in der Vitrine zur Schau gestellt. Marktforscher stellten allerdings fest, dass insbesondere junge Väter die Kostbarkeiten auch zum Spielen nutzen. Der Wunsch der Kinder wird zum Vorwand genommen, um das zu erwerben, was man in der Kindheit schon mal hatte – oder vielleicht gerade nicht. So verdoppelte sich zum Beispiel im vergangenen Jahr der Umsatz bei den Autorennbahnen, einem Kinderzimmerklassiker der 70er-Jahre.

Der Klassiker Autorennbahnen: 2004 verdoppelte sich der Umsatz

Bei Märklin, dem weltweit größten Produzenten von Modelleisenbahnen, blickt man mit Spannung auf das Weihnachtsgeschäft. Denn der Traditionshersteller hatte in den vergangenen Jahren mit erheblichen Einbußen zu kämpfen. Die Folge: Im Stammhaus Göppingen wurden 342 Arbeitsplätze abgebaut. Betriebsratsvorsitzender Franz Jordan: »Einfache Montagetätigkeiten verlegte die Geschäftsleitung an den Standort Sonneberg.«

Der Hintergrund: Das Werk im thüringischen Sonneberg unterliegt dem Tarifvertrag für die Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung, während im Stammhaus Göppingen

Info

Spiele für die ganze Familie sind ein Dauerbrenner auf dem Spielwarenmarkt. Über Neuerscheinungen und ihre Qualität kann man sich bei der Stiftung Warentest informieren: www.stiftung-warentest.de. Die Rubrik »Kinder und Familie« anklicken. Basisinformationen gibt es gratis. Das Gesamtpaket ist kostenpflichtig (zwei Euro).

Unter www.spieldesjahres.de findet man die preisgekrönten Spiele und jene, die die Auszeichnung knapp verpasst haben.

Die Probleme der Spielwarenproduktion in Südostasien behandelt www.fair-spielt.de



Fotos: Thomas Geiger

gen nach dem Tarif des Metall- und Elektrohandwerks in Baden-Württemberg gezahlt wird. Märklin-Betriebsrat Dieter Weißhaar: »Das verlangt natürlich Koordination im Konzernbetriebsrat.«

Auch wenn die Modelleisenbahnen heute computergesteuert über die Gleise flitzen, ist ein wesentlicher Teil der Produktion kaum automatisierbare Handarbeit. So bedarf ein Modellwaggon des kaiserlichen Hofzugs, den die Märklin-Tochter Trix anbietet, nicht weniger als 95 Druckvorgänge bis die Miniversion so detailgetreu auf den Schienen im Wohnzimmer steht, wie der Konsument es sich wünscht.

Bei den hochpreisigen Angeboten schießt die Spielwarenindustrie nicht allein auf die jung gebliebenen Erwachsenen. Kinder zwischen sechs und 13 Jahren verfügen über einen sechs Milliarden schweren Etat, gespeist aus elterlichen Taschengeldzahlungen. Um den balgen sich die Musikindustrie, die Produzenten von Markenkleidung und eben die Spielzeughersteller.

Im Gegensatz zu den Nachbarländern Frankreich oder Großbritannien wird in der Bundesrepublik eher in hochwertige Spielwaren investiert. Besonders beliebt: Systemspielzeug, langlebig und pädagogisch wertvoll. Und mit der Zunahme der Zwei-bis-Drei-Enkel-Familien können es sich die Großeltern leisten, tiefer in die Tasche zu greifen denn je.

Im Kampf um die Marktanteile setzen die Hersteller auf ständig neue Produkte. Rund die Hälfte des Umsatzes wird mit Neuigkeiten gemacht. Eine Innovationsrate, die sonst nur die Modebranche schafft. Die Trends setzen häufig die Medien, insbesondere Fernsehen und Filmindustrie. Renner in der Weihnachtssaison 2005 sind Fantasy- und Ritterspiele. Harry Potter sei Dank.

Eines aber bleibt stets gleich: Dem Spielen wird unterstellt, es müsse sinnvoll sein, die Kinder gewissermaßen erziehen. Wohin die Kleinen (auch) gebracht werden sollen, verrät bereits ein Werbetext aus den 20er-Jahren des vorigen Jahrhunderts: »Es ist anzunehmen, dass das junge Mädchen, das Jahre hindurch seine Puppenwäsche auf der Singer-Kindermaschine nähte, später die eigene gleichfalls auf einer großen Singer verfertigen wird.« Im November 2005 sagte der Deutsche Verband der Spielwaren-Industrie: »Die Barbiepuppe spielt nachweislich eine wichtige Rolle beim Spracherwerb der Kleinsten.«

Eltern kennen den frischerworbenen Wortschatz allzugut: »Barbie braucht neue Kleider...«

Hans-Otto Wiebus

Fair spielen

Unmenschliche Arbeitsbedingungen

In Kaufhäusern, bei Spielzeug-Discountern, an Tankstellen: Günstige Spielwaren, das schnelle Mitbringsel für die Kleinen, sind fast überall verfügbar. Meist kommen sie aus Fernost, oft hergestellt unter Bedingungen, die nicht der Menschenwürde entsprechen. Das katholische Hilfswerk Miserior berichtet über die Arbeitsbedingungen während der Produktionszeit für das europäische Weihnachtsgeschäft: »Ohnehin

niedrige Monatslöhne werden bis um die Hälfte unterschritten und mit mehrmonatiger Verspätung gezahlt, Arbeitszeiten von 13 Stunden am Tag und 31 Tagen im Monat sind von Mai bis Oktober keine Ausnahme.«

Der Deutsche Verband der Spielwarenindustrie (DVSI) hat seine Mitgliedsfirmen aufgefordert, die Vorgaben eines Verhaltenskodex zu unterzeichnen, den der Internationale Verband der Spielwarenindustrie formuliert

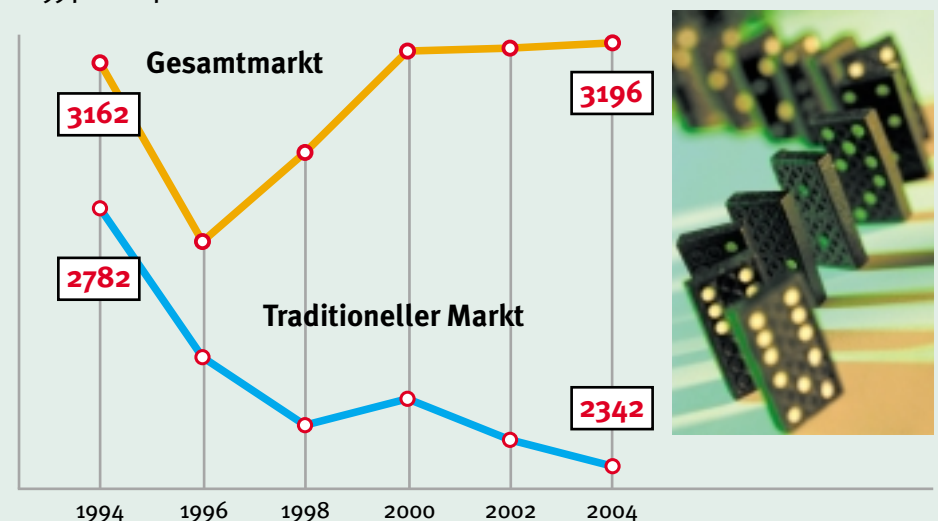
hat. Darin werden maximale Arbeitszeiten, Mindestlöhne und Maßnahmen zum Gesundheitsschutz vorge-schrieben. Diese Vorgaben scheinen zu greifen, wenn auch nur zögerlich. Der DVSI: »Die Produkte chinesischer Herkunft steigen im Preis derzeit deutlich.«



Chinesinnen mit Plüschtieren: Miese Arbeitsbedingungen

Die Entwicklung des Spielwarenmarkts in Deutschland

1994 bis 2004 – in Millionen Euro –



Quelle: Eurotoys Verbraucherpanel/ © metall-grafik



Foto: Frank Boxler

Eine Gruppe von Praktikanten: Schnuppern lohnt sich nur, wenn es nicht um Ausnutzung, sondern um möglichst viel Einblick in den Alltag geht

Generation Praktikum

Schuften zum Nulltarif

Sie sind Mitte 20. Sie haben gerade ihr Studium beendet – oder sind kurz davor. Sie sind auf der Suche nach einem festen Arbeitsplatz – oft ohne Erfolg. Rund 200 000 junge Menschen machen jährlich einen Hochschulabschluss. Die miese Situation auf dem Arbeitsmarkt führt dazu, dass immer mehr Studenten nach ihrem Abschluss ein Praktikum machen.

Ihr Ziel: Sie wollen Erfahrungen im Berufsleben sammeln. Ihre Hoffnung: Im Unternehmen einen festen Job zu bekommen.

Weit gefehlt. In vielen Betrieben ersetzen Praktikanten bereits ausgebildete Fachkräfte. Sie arbeiten mehr als 40 Stunden die Woche und werden schlecht oder gar nicht bezahlt. Kein Wunder, dass immer mehr Firmen

Für den Berufseinstieg nehmen sie viel in Kauf. Dennoch landen sie häufig nur in unsicheren Arbeitsverhältnissen. Immer mehr Absolventen stecken in einem Praktikum fest und schuften als Hochqualifizierte beinahe zum Nulltarif.

Praktikumsplätze anbieten. Schließlich arbeitet die »Fachkraft« fast umsonst – und das auch noch hoch motiviert.

»Viele Arbeitgeber machen gar kein Geheimnis daraus. Sie geben sogar offen zu, dass sie kaum Kosten, aber einen großen Nutzen durch Praktikanten haben«, ärgert sich Silvia Helbig, Jugendsekretärin beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Der eigentliche Sinn eines Praktikums – nämlich Einblick in tägliche Abläufe zu be-

kommen – bleibt auf der Strecke. Klappt es nach einem Praktikum nicht mit einem festen Job, stürzen sich viele Studenten gleich in das nächste. Der Akademiker wird zum Dauerpraktikant – ein Zustand, der oft mehrere Jahre dauern kann. Dadurch bleibt die finanzielle Unabhängigkeit bisweilen ein Traum: Denn statt in die Sozialversicherungen einzuzahlen, bleiben die jungen Leistungsträger auf die Hilfe der Eltern oder des Staats angewiesen.

Auch von einem anderen Extrem berichten Hochschulabsolventen, Studenten und Schüler: Statt betrieblicher Praxis, bekommen viele Praktikanten höchstens die Teeküche oder das fensterlose Archiv zu sehen und werden sogar zum Aktenvernichten verdonnert.

ERSTE ERGEBNISSE EINER DGB-STUDIE

Der DGB warnt vor einem Ausufern unbezahlter Praktika. Jährlich schließen rund 200 000 junge Menschen ein Hochschulstudium ab. Viele von ihnen machen nicht nur während, sondern auch nach dem Studium ein Praktikum. Eine immer größer werdende Zahl von Hochschulabsolventen wird von den Arbeitgebern durch gering bezahlte oder sogar unbezahlte Praktika ausgenutzt. Viele Absolventen befinden sich jahrelang in einer Praktikumsschleife, ohne dadurch ihre Aussichten auf eine Festanstellung zu verbessern. Der DGB arbeitet zur Zeit gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung an einer Studie »Generation Praktikum«. Sie soll Anfang 2006 vorgelegt werden.

Die ersten Zwischenergebnisse

- Stichproben haben ergeben: 39 Prozent der Praktikanten erhielten trotz Vollzeitarbeit für ihr Praktikum keine Entlohnung. Die große Mehrheit der Befragten (78 Prozent) gibt an, interessante Erfahrungen während ihres Praktikums gemacht zu haben.
- Fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) klagt allerdings über Ausbeutung und gibt an, reguläre Tätigkeiten ausgeübt zu haben.
- Außerdem gibt es Beschwerden über Überstunden (36 Prozent) und Arbeitsdruck (33 Prozent).
- Hochschulabsolventen, die sich in einer Praktikumsschleife befinden, befürchten steigende Abhängigkeit von staatlichen, meist aber familiären Einkommensquellen. Über die Hälfte lebt von der finanziellen Unterstützung der Eltern (56 Prozent).

Die Forderung des DGB

- Praktika sollen nicht länger als drei Monate dauern. Alles was darüber hinausgeht muss zumindest in Höhe des Existenzminimums bezahlt werden.
- Praktikanten müssen einen Mindestlohn erhalten. Für Studierende sollte er 300 Euro betragen, für Hochschulabsolventen 600 Euro. ◀

Wie aber ist ein gutes Praktikum zu erkennen? Was kann vom Arbeitsgeber verlangt werden?

Der Vertrag

Der Praktikumsvertrag sollte schriftlich geschlossen werden. Darin wird geregelt:

- Beginn und Dauer des Praktikums,
- die tägliche Arbeitszeit,
- die Höhe der Vergütung,
- die Dauer des Urlaubs,
- die Vergütung von Überstunden,
- die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- die Kündigungsvoraussetzungen.

Außerdem sollte den Praktikanten während der gesamten Ausbildungsdauer eine Ansprechperson zur Seite stehen. Ähnlich einem Mentor, kann sie die jungen Berufsanfänger für neue Ideen inspirieren und unterstützen.

Dauer und Vergütung

Bei Studenten sollte das Praktikum nicht länger als drei Monate dauern. In Betrieben, in denen es keine tarifliche Regelung für Praktikanten gibt, richtet sich die Vergütung nach der Aufenthaltsdauer im Unternehmen. Ein monatliches Einkommen von mindestens 300 Euro netto wäre wünschenswert.

Hochschulabsolventen sollten für ein dreimonatiges Praktikum mindestens 600 Euro netto pro Monat erhalten. Absolventenpraktika, Traineeprogramme oder Volontariate sind Lernverhältnisse, die einem Berufseinstiegsprogramm entsprechen. Die Ausbildungszeiten dauern in der Regel sechs Monate oder bis zu zwei Jahren. Wenn das Einkommen nicht tariflich geregelt ist, sollten die Berufseinsteiger ein existenzsicheres Einkommen von mindestens 800 Euro netto pro Monat erhalten.

Die Rechtslage

Ein Praktikum dient dazu, in einen Beruf reinzuschnuppern. Darum steht das Lernen und nicht die Arbeitsleistung im Vordergrund. Das Bundesarbeitsgericht sagt: Wer während des Praktikums fest in die betrieblichen Abläufe eingeplant ist und wie eine Vollzeitkraft arbeitet, hat Anspruch auf vollen Lohn gemäß der geleisteten Tätigkeit (Urteil vom 13. März 2003, Aktenzeichen: 6 AZR 564/01).

Das Zeugnis

Am Ende des Praktikums hat jeder Anspruch auf ein Zeugnis. Darin sollten Angaben über Art, Dauer, Inhalt und Ziel der Ausbildung sowie über erworbene Fähigkeiten und

INFORMATIONEN UND KONTAKT

- www.students-at-work.de/praktikum
Homepage der DGB-Jugend mit Informationen zum Thema Praktikum, rechtliche Situation, Praktikumsbörse
- www.hib-braunschweig.de/download/download.php
Aktuelle IG Metall-Broschüre zum Praktikum im Ingenieurstudium
- www.jugend.igmetall.de
Das Jugendportal der IG Metall
- www.fairwork-verein.de
Die Interessenvertretung von Hochschulabsolventen
- www.praktikum.info
Praktikums- und Stellenbörse die auch von Arbeitgebern aus dem In- und Ausland genutzt werden soll
- www.fairjobbing.net/
Hier werden nur Praktika mit fairen Vertragsbedingungen aufgeführt
- www.studentenwerk-oldenburg.de/
Infos zum Arbeitslosengeld II und Studium
- www.das-neue-bafoeg.de
Das Gesetz im Netz
- www.sozialhilfe-online.de
Allgemeiner Sozialhilfe-Ratgeber
- www.arbeitsagentur.de
Homepage der Bundesagentur für Arbeit

Kenntnisse enthalten sein. Es muss von der Geschäfts- oder der Personalleitung unterschrieben sein.

Steuern und Sozialabgaben

Studentinnen und Studenten sind – unabhängig von der Höhe des Lohns und der wöchentlichen Arbeitszeit – von der Sozialversicherungspflicht zur Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung befreit. Es müssen lediglich Beiträge zur Krankenversicherung geleistet werden.

Studenten unter 25 Jahren können sich bei ihren Eltern mitversichern lassen. Wer sich selbst versichern muss, für den bieten die gesetzlichen Krankenkassen auch vergünstigte Studententarife an. Jedoch darf das monatliche Einkommen nicht über 340 Euro liegen.

Wer nach seinem Studium ein Praktikum macht, ist voll steuer- und versicherungspflichtig. Bei einem unentgeltlichen Praktikum muss der Arbeitgeber aber den Mindestanteil an Sozialversicherung zahlen. ◀

Antonela Pelivan

Frohes Fest

Buchtipps der Redaktion zu Weihnachten

Roman

In Belfast tobt der Nordirlandkonflikt und mittendrin spielen die Geschichten der Freunde um Chuckie und Jake. Während Jake



jeder Versuch, bei einer Frau zu landen, gründlich missglückt, macht Chuckie aus Nichts das große Geld. McLiam Wilson erzählt mit viel Humor und ist dabei

durch und durch politisch. Er erzählt von den Pubs, in denen Katholiken und Protestanten gemeinsam ihre Abende verbringen, und vom Bombenterror, der tief in das Leben jedes einzelnen eindringt. Der Autor zeigt das Leben in Belfast mit seinen Tief- und Schicksalsschlägen, seinem Elend und Glück, so wie es ist: trotz allem lebenswert.

► **Robert McLiam Wilson: Eureka Street, Belfast.** Fischer Taschenbuch Verlag. 9,90 Euro.

Kinderbilderbuch

Der Weihnachtsmann wohnt in einem kleinen Dorf in Lappland am Fuße des Bergs Korvatunturi,



gemeinsam mit der Weihnachtsfrau, Wichtelmännern, -frauen und -kindern. Die Wichtel sind Schreiner, Schuster, Drucker, Weber, Maler oder Feinmechaniker. In ihren Werkstätten produzieren sie das ganze Jahr über Geschenke. Schließlich kommt Weihnachten schneller, als man denkt. Dann werden die Geschenke in Flugzeuge verladen, der Weih-

achtsmann steigt in seinen Rentierschlitten und los geht's. Ein Buch zum Zuhören, Anschauen und Entdecken. In wunderschönen, detailreichen Bildern erzählt es vom Leben im kleinen Dorf am Korvatunturi. Am Ende ist jeder sicher: Genau so muss es sein, beim Weihnachtsmann.

► **Mauri Kunnas: Wo der Weihnachtsmann wohnt.** Verlag Friedrich Oetinger. 12,90 Euro.

Lesen- und Bilderbuch

Das Buch ist eine kleine Gebrauchsanweisung für die Weihnachtszeit. 200 neue und alte Geschichten, Gedichte, Polemiken, Karikaturen und Zeichnungen hat Herausgeber und Metaller Udo Achten zusammengestellt. Heraus kam eine witzige, nachdenkliche, kurzweilige Lektüre für Weihnachtsfreunde aber auch für Weihnachtshasser.

Das Lesen-/Bilderbuch bietet sowohl Gedanken zum alljährlichen guten Vorsatz, »Dieses Jahr schenken wir uns nichts ...«.

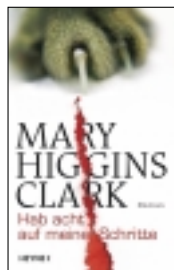
Aber auch die kritische Sicht aufs Weihnachtsfest fehlt nicht. Beispielsweise im Gedicht von Uwe Wandrey, »Kommet, ihr Kunden, ihr Männer und Frauen, kommt den Flimmer, den Glimmer zu schau ...« Oder im Text von Ilse Kibgis, »Wunschzettel eines Arbeitslosen«.

► **Udo Achten (Hg.): Dieses Jahr schenken wir uns nichts.** Klartext Verlagsgesellschaft. 19,90 Euro.



Krimi

Als Liza erwachsen ist, holt sie ein Kindheitstrauma ein. Sie rekonstruiert, dass nicht nur der



Tod ihrer Mutter, sondern auch der ihres Vaters keine tragischen Unfälle waren. Schon bald versucht ein Unbe-

kannter, ihr einen Mord in die Schuhe zu schieben.

Die amerikanische Bestseller-Autorin Clark ist bekannt für spannende Geschichten, die man am liebsten in einem Zug durchliest.

► **Mary Higgins Clark: Hab acht auf meine Schritte.** Heyne Verlag. 19,90 Euro.

Roman

Der alte Journalist will sich zu seinem 90. Geburtstag eine Nacht mit einer Jungfrau schenken. Und diese Nacht und viele weitere Nächte mit der schlafenden Delgadina machen einen neuen Menschen aus ihm. Der alte Journalist betrachtet das schlafende Mädchen nur. Dennoch bringt sie ihn dazu, sich selbst

Menschenrechte

Die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« ist ganz gewiss einer der Meilensteine in der Zivilisierung des Menschengeschlechts. Lee Doreen Böhm hat die 30 Artikel jetzt für die Büchergilde Gutenberg sehr, sehr schön illustriert und damit ein Werk geschaffen, das die Lebendigkeit und Buntheit der Menschheit betont und ins Bewusstsein rückt. Die Menschen-

besser zu verstehen. Er erinnert sich an all die Frauen, sie sein Leben geprägt haben: seine schöne Mutter; seine attraktive Verlobte, mit der er Schluss machte; all die Huren, die er eher nach ihrem Preis als nach ihren Reizen auswählte; und nicht zuletzt die gewiefte Puffmutter Rosa, die ihm auch die schlafende Schöne vermittelt hat. Der einsame alte Mann hatte mit seinem Leben so gut wie abgeschlossen. Aber nun entwickelt er ganz neue Gefühle. Und zum ersten Mal in seinem Leben empfindet er wirklich Liebe.

► **Gabriel García Márquez: Erinnerung an meine traurigen Huren.** Kiepenheuer & Witsch. 16,90 Euro.



»Mit Menschenrechtsverletzungen ist es anscheinend wie mit Bildern auf großen Plakatwänden: Man erkennt sie immer nur von der anderen Straßenseite aus.«

Juli Zeh

rechte sind uns ja leider meistens nur negativ als Menschenrechtsverletzungen bewusst. Lee Doreen Böhm ist es aber gelungen, die Menschenrechte von ihren positiven Seiten und von ihren Möglichkeiten her zu zeigen. Es macht Spaß, dass es dieses Buch gibt, das Böhm so schön, bunt und lebendig illustriert.

► **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Verkündet von den Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948. Mit Illustrationen von Lee Doreen Böhm und einem Vorwort von Juli**



Zeh, Edition Büchergilde Gutenberg, 16,90 Euro.

Kinderbuch

»Die große Frage« ist: Warum bin ich auf der Welt? Und natürlich haben die Katze, der Hund, die Oma, ein Pilot, eine Ente und die Mutter jeweils ihre ganz eigene Meinung dazu. Wolf Erl-

bruch hat ein wunderschönes Bilderbuch mit collageartigen Illustrationen geschaffen. Es regt zum Schauen, Nachdenken, Freuen und Diskutieren an. Für Kinder ab vier bis ins Greisenalter.

► **Wolf Erlbruch: Die große Frage. Peter Hammer Verlag. 14,90 Euro.**

Meldungen

Gesetzliche Unfallversicherung Für Kinder in Tagespflege

Seit Oktober 2005 sind auch Kinder in Tagespflegestellen oder bei Tagesmüttern gesetzlich unfallversichert. Der Versicherungsschutz ist kostenlos und besteht kraft Gesetz mit dem Besuch einer Tagespflegestelle.

Voraussetzung für den Versicherungsschutz: Die Tagespflegerson muss beim Träger der örtlichen Jugendhilfe registriert sein. Einer besonderen Anmeldung bei den zuständigen Landesunfallkassen durch die Eltern bedarf es nicht. Bei einem Unfall besteht auf sämtliche Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung ein Anspruch. ◀

Seniorenreise Mittelmeer-Kreuzfahrt

Der Seniorenausschuss der IG Metall Bochum will vom 11. bis 20. Mai 2006 eine Kreuzfahrt durch das westliche Mittelmeer unternehmen.



Kinder bei Tagesmüttern: Neue Regelung sorgt für Unfallschutz

Das Schiff legt in Nizza ab. Die Bus-Anreise (mit Zwischenübernachtung, inklusive Halbpension) erfolgt aus dem Ruhrgebiet. Während der Kreuzfahrt legt das Schiff in den Häfen von Barcelona, Malaga, Cadix, Lissabon, Vigo, Bilbao, London sowie Ostende an. In Bremerhaven erfolgt die Ausschiffung.

Mehr Informationen gibt es beim Kollegen Gustav Warm, Telefon 02 34-51 14 12, Internet: www.bochum.igemall.de ◀

Service Kindergeld-Hotline

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat für Kindergeld-Empfänger ein bundesweit einheitliches Info-Telefon eingerichtet. Unter der Rufnummer 01801-9245864 (sechs Cent pro Minute) können sich Familien mit Kindern über Auszahlungstermine informieren lassen. Die Hotline ist montags bis donnerstags von 7 bis 16 Uhr (freitags bis 13 Uhr) erreichbar. ◀

Urteile

Kündigungen

Eine ausgewogene Altersstruktur zu erhalten, kann ein berechtigtes betriebliches Interesse des Arbeitgebers sein, das bei der Sozialauswahl berücksichtigt werden muss. Bei der Bildung der Altersgruppen hat er einen Beurteilungsspielraum. Er kann zum Beispiel Gruppen in Fünfjahres-Schritten bilden. Er muss allerdings im Einzelnen darlegen, welche konkreten Nachteile sich ergeben würden, wenn er die zu kündigenden Arbeitnehmer allein nach Alter, Betriebszugehörigkeit und Unterhaltspflichten auswählen würde. Er muss auch darüber aufklären, wie viel Prozent der Arbeitnehmer vor Ausspruch der Kündigung den jeweiligen Altersgruppen angehörten und

wie die einzelnen Kündigungen auf die Altersgruppen verteilt worden sind. Wenn die Auswahl nach Altersgruppen nicht konsequent umgesetzt wurde, hat das zur Folge, dass die Kündigung wegen fehlerhafter Sozialauswahl ungerechtfertigt ist. **BAG – 2 AZR 201/04 vom 20. April 2005**

Kündigungen

Ist eine nach Paragraph 17 Kündigungsschutzgesetz notwendige Massenentlassungs-Anzeige unterblieben, wird ein Arbeitsverhältnis durch eine Kündigung bei Massenentlassungen nicht aufgelöst. Ohne Anzeige kann eine wirksame Entlassung nicht erfolgen. **Bundesarbeitsgericht (BAG) – 6 AZR 451/04 vom 16. Juni 2005**

Teilzeitarbeit

Beschäftigte sind nicht verpflichtet, schon mit ihrem Antrag auf kürzere Arbeitszeit verbindlich anzugeben, wie die Zeit verteilt werden soll. Dies müssen sie allerdings spätestens dann tun, wenn sie ihre Wünsche mit dem Arbeitgeber erörtern. Der Arbeitgeber kann dann überprüfen, ob betriebliche Gründe entgegen stehen. Behauptet er, keine geeignete Ersatzkraft finden zu können, muss er dies beweisen. Dabei darf er an eine Ersatzkraft keine höheren Anforderungen stellen als bei Nachbesetzungen üblich ist. Auch wenn er unverhältnismäßig hohe Einarbeitungskosten ins Feld führt, muss er das konkret sachlich begründen. **BAG – 9 AZR 644/03 vom 23. November 2004**



Foto: Marius Kirchgäner

Wider die herrschende Leere

WOLFGANG KESSLER ÜBER EINE WIRTSCHAFTSPOLITIK MIT ZUKUNFT

Investitionen in Höhe von sechs Milliarden Euro pro Jahr sind ein Klacks gegen die 24 Milliarden Euro, die die Erhöhung der Mehrwertsteuer den Konsumenten ab 2007 aus der Tasche ziehen wird. So droht auch die große

Projekte, in den öffentlichen Verkehr und in eine gute Ausbildung von Schülerinnen und Schüler aus prekären und finanziell schwächeren Familien. Noch immer verlassen jedes Jahr über 120 000 Jugendliche die deutschen Schulen ohne Schulabschluss – in Finnland sind es weniger als 200. Ein Land, in dem Jahr für Jahr weniger Jüngere mehr Älteren gegenüberstehen, kann sich unzureichend ausgebildete Jugendliche nicht leisten. Was Investitionen in neue Technologien bewirken können, zeigen die 130 000 Arbeitsplätze, die die Förderung der erneuerbaren Energien in den vergangenen vier Jahren entstehen ließ. Entschlossene Investitionen in Innovation und Bildung könnten hunderttausende Arbeitsplätze schaffen.

Diese Investitionen erfordern eine Steuerpolitik, die diesen Namen verdient. Sie muss alle Einkommen – Löhne, Gehälter, Gewinne, Zinsen, Börsengewinne, hohe Privatvermögen und Erbschaften – fair, aber konsequent besteuern. Dies verlangen inzwischen auch kritische Unternehmer wie der Hamburger Reeder Peter Krämer. Er fragte die Bundesregierung in einem Brief, warum hohe Privatvermögen und Erbschaften in Deutschland nur 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an Steuereinnahmen erbringen, während es in Großbritannien 4,3 Prozent sind. Und nicht zuletzt könnte die Politik auch die Mehrwertsteuer sozial verträglich erhöhen: durch einen dritten Mehrwertsteuersatz auf teure Konsumwaren, der den Massenkonsum schont und dafür den Luxuskonsum stärker belastet.

Doch zusätzliche Investitionen reichen nicht aus, um die Kaufkraft der Menschen zu stärken. Dazu bedarf es Lohnerhöhungen, die der wachsenden Produktivität entsprechen. In den vergangenen Jahren rissen sich die Kapitaleigner diese Produktivitätsgewinne un-

Die Lethargie in Deutschland ist mit Händen zu greifen. Und die neue Regierung wird daran wohl nichts ändern. Ihr Programm enthält zwar bemerkenswerte Initiativen wie Investitionen in Verkehrswege und Forschung, in ein Elterngeld und in Kinderkrippen. Doch diese In-

Koalition an dem Irrtum zu scheitern, man könne hohe Staatsschulden allein durch Sparen abbauen. Der Traum von einer besseren Zukunft erfüllt sich nur, wenn man auch in eine bessere Zukunft investiert.

Besonders dringend sind Investitionen in Forschung und Entwicklung, in kommunale

Nicht Sparen reduziert die Schulden

»Der Traum von einer besseren Zukunft erfüllt sich nur, wenn man auch in eine bessere Zukunft investiert.«

Sein Lebenslauf

Wolfgang Kessler, geboren 1953, wuchs in Oberschwaben auf. Als Schwabe lernte er schon früh den Umgang mit knappen Gütern. In Konstanz, Bristol und London studierte er Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Kessler arbeitet seit über 20 Jahren als Publizist. Derzeit ist er verantwortlicher Redakteur für Politik und Wirtschaft bei der Zeitschrift »Publik-Forum« in Oberursel. Ihn beschäftigt vor allem die Frage: Gibt es eine Wirtschaft, die für die Menschen da ist und nicht umgekehrt?

Seine letzten Bücher: »Wirtschaft für alle« (2004), »Geld und Gewissen« (2004) und »Zukunft sozial: Wegweise zu mehr Gerechtigkeit« (2004).

Sein aktuelles Buch

Hebel/Kessler/Storz: Wider die herrschende Leere. Neue Perspektiven für Politik und Wirtschaft. Publik-Forum. Bestell-Nr. 2789. Telefon: 06171-70 03 10. 13,90 Euro.

Dieses Buch soll Mut machen, der derzeitigen Politik neue Perspektiven entgegenzustellen. Kessler fragt in seinem neuen Buch: »Befindet sich Deutschland in einer Wirtschaftskrise?« Seine Antwort: »Dies ist zwar richtig, aber nicht die ganze Wahrheit. Denn: Wir befinden uns in einer tief greifenden Krise der Politik.«

ter den Nagel. Jetzt gilt es, die Beschäftigten wieder an diesen Produktivitätsgewinnen zu beteiligen, damit mehr Waren und Dienstleistungen gekauft werden. Darüber hinaus wird es ein Mehr an Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft nur geben, wenn die Position der Beschäftigten in den Unternehmen gestärkt wird. Warum fördert die Politik nicht Modelle, die die Arbeitnehmer an den Gewinnen der Unternehmen oder am Produktivkapital beteiligen? Würde diese Beteiligung heute gefördert, dann wären die Arbeitnehmer in einigen Jahren sicherer vor den Heuschrecken als heute.

Die Arbeitslosigkeit kann jedoch nicht alleine durch Wachstum verringert werden. Es braucht eine flexible Politik zur Verringerung der Arbeitszeiten. Bei einigen Unternehmen bieten sich verringerte Wochenarbeitszeiten an, bei anderen flexible Alternativen: Sabbatjahre oder Elternteilzeit, die es jungen Familien in Skandinavien für drei Jahre ermöglicht, bei geringen Einkommensverlusten Beruf und Familie besser in Einklang zu bringen. Die Skandinavier haben es auch geschafft, die Überstunden – in

Deutschland 1,4 Milliarden pro Jahr – zu verringern: indem sie ausschließlich durch Freizeit ausgeglichen werden können.

Ist der Weg zu mehr Arbeitsplätzen nun geebnet, steht eine weitere Herausforderung vor der Tür: Die Zeit des billigen Öls ist vorbei. Zukunft haben nur Volkswirtschaften, die so rasch wie möglich Energie sparen. Durch steuerliche Anreize: Unternehmen, die Energie sparen, sollten keine Öko-steuer bezahlen – die anderen entsprechend mehr. Für Autos mit hohem Spritverbrauch sollte die Kraftfahrzeugsteuer hoch sein, für sparsame Autos ganz entfallen. Eine so geförderte nachhaltige Wirtschaftsweise schafft Arbeit. Statt Wegwerfprodukte in durchrationalisierter Massenproduktion mit wenig Arbeitskräften herzustellen, wird die Wirtschaft nun langlebigere Waren produzieren. Dienstleistungen, Service und Reparaturarbeiten gewinnen an Bedeutung, da langlebige Techniken gewartet werden müs-

sen, während kurzlebige Produkte wegge-worfen werden. Eine Dinosaurier-Ökonomie wird fit für das 21. Jahrhundert.

Bleibt die Frage: Sind das nicht alles Hirn-gespinnste? Mitnichten. Dänemark hat auf die hohe Arbeitslosenquote von 13,9 Prozent im Jahre 1993 mit unkonventionellen Maßnahmen reagiert: Einkommens- und Gewinn-steuern wurden gesenkt und Ökoabgaben eingeführt; das Land finanziert Renten und Gesundheit mit einer hohen Mehrwertsteuer – Sozialbeiträge gibt es dafür nicht. Einnahmen aus einer Luxussteuer investieren sie in soziale

Dienstleistungen, Umweltschutz und in eine effektive Arbeitsmarktpolitik. Das Ergebnis: eine Arbeitslosenquote von fünf Prozent und eine umweltverträgliche Wirtschaft. Und: Die dänischen Parlamentarier streiten jedes Jahr darüber, was sie mit dem Überschuss im Staatshaushalt machen sollen. Das beweist: Nicht Sparen reduziert die Schulden, sondern Investitionen in Arbeit und in die Zukunft. ◀

»Die Zeit des billigen Öls ist vorbei. Zukunft haben nur Volkswirtschaften, die so rasch wie möglich Energie sparen.«

Anzeige

Für Leserinnen & Leser der **metall** sowie für alle Mitreisenden

Höhepunkte der Ostsee

8-tägige Hochsee-Kreuzfahrt auf dem
3-Sterne-Schiff MS Albatros inklusive Vollpension

Bordguthaben von 25,- € pro Vollzahler inklusive!

ab € 727,- p.P. bei 2-er Belegung Termin 2

8-tägige Hochsee-Kreuzfahrt auf dem beliebten 3-Sterne-Schiff MS Albatros inklusive Vollpension

Termin 1: 09.09.-16.09.06
Termin 2: 16.09.-23.09.06

Höhepunkte der Ostsee
- wer eine entspannte Kreuzfahrt sucht, aber in „der Nähe“ bleiben möchte, für den ist unsere Hochseekreuzfahrt Höhepunkte der Ostsee genau das Richtige. Sie sehen fünf faszinierende Länder und haben die Möglichkeit deren Attraktionen, wie zum Beispiel die Zarenschätze in St.Petersburg oder die Baltische Impression und Hansestädte, auf Wunsch zu erkunden...

Rufen Sie gleich an und fordern Sie die ausführliche Reisebeschreibung an oder schicken Sie uns den nebenstehenden Coupon.

Informations-Coupon: 6124
DGB-Reisen GmbH • Königswall 36 • 44137 Dortmund
Bitte senden Sie mir unverbindlich Informationsmaterial für die
Höhepunkte der Ostsee
IG Metall - Kennziffer: 6124

Name _____
Vorname _____
Straße _____
PLZ _____
Ort _____ / _____
Telefon _____ @ _____
E-Mail-Adresse _____

Veranstalter: DGB-Reisen GmbH, Königswall 36, 44137 Dortmund

DGB Reisen
DER REISEPARTNER
DER GEWERKSCHAFTEN SEIT 1961

01805 - 00 11 20 (12 Ct./Min.)
Täglich von 08:00 bis 22:00 Uhr

www.dgb-reisen.de

Monatsrätsel...

Ausmaß, Ausdehnung, Format	Neugestaltung der Altersvorsorge	Farbton	feste Masse harten Gesteins	Brettspielfigur	Segeltau auf Schiffen	neun (engl.) Eisenanzieh. Stahl	Konkret der Sozialpartner
15					Präposition		12
			albanische Hauptstadt				
Rohpelz			Gefahr auf dem Meer		Zufluss der Oberelbe		
Läuse-Ei				9	Kartenspiel		10
		8	Schwermetall				18
Nachrichtensender		belg. Stadt in Limburg					Bündnis, Vereinigung
Techniker (Abk.)		Stadt in Ägypten			5	Fußballteam	
			indonesische Münze	Verbform		Brennstoff	
ital. Reispeise				poetisch: Nadelwald			
alte span. Währung	2					Autokz. v. Belsenkirchen	
					ungetrübt	unverheiratet	
	11				Brandrest		3
			Riechorgan				ein-farbig
			eh. Maß d. Drucks				
Heizgerät		ara-bisch: Sohn	Stadt bei Lüttich			Tongeschlecht	17
			Zufluss des Arno	4			
Weberkamm				Staat in Ostasien			
				Autokz. der Schweiz	13		
					14	Sportrunderboot	19
grundlegende Änderung	Handarbeit mit Textilien			6			

Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben
und bis 31. Dezember 2005 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Oktober: Informationszugang

Diesen Monat verlosen wir
unter den Einsendern der
richtigen Lösung wieder

**Der Zusatzgewinn
im Oktober:**

Je ein IG Metall-Fußball
geht an:

Friedrich Mertins,
Mühlheim an der Ruhr
Wolfgang Guth, Feldkirchen

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

► **fünf IG Metall-Autosicherheitswesten** als Extrapreis. Zusätzlich verlosen wir **zwei IG Metall-Fußbälle**

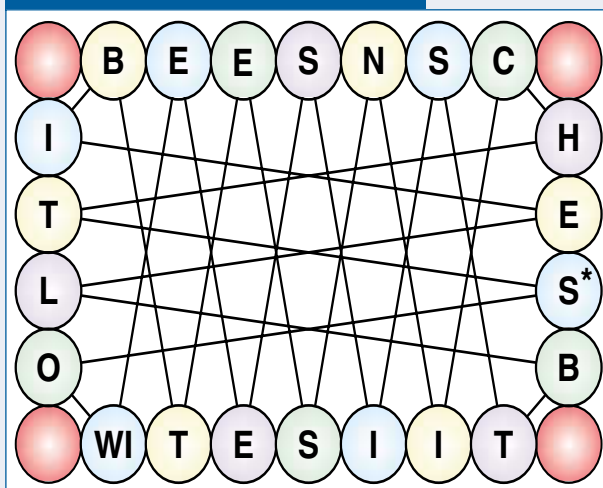
Hauptpreise:



1. Preis:
Eine IG Metall-Wanduhr
aus Edelstahl

Drei-Monats-Rätsel...

Teil 12



Wenn Sie im Kreis mit dem Sternchen beginnen und dann Zug um Zug den Verbindungslinien folgen, ergibt sich der zwölfte Teil unseres Drei-Monats-Rätsels.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus **Teil 10 bis 12** auf eine Postkarte schreiben und bis 31. Dezember 2005 einsenden an:

**Redaktion metall, Preisrätsel,
60146 Frankfurt**

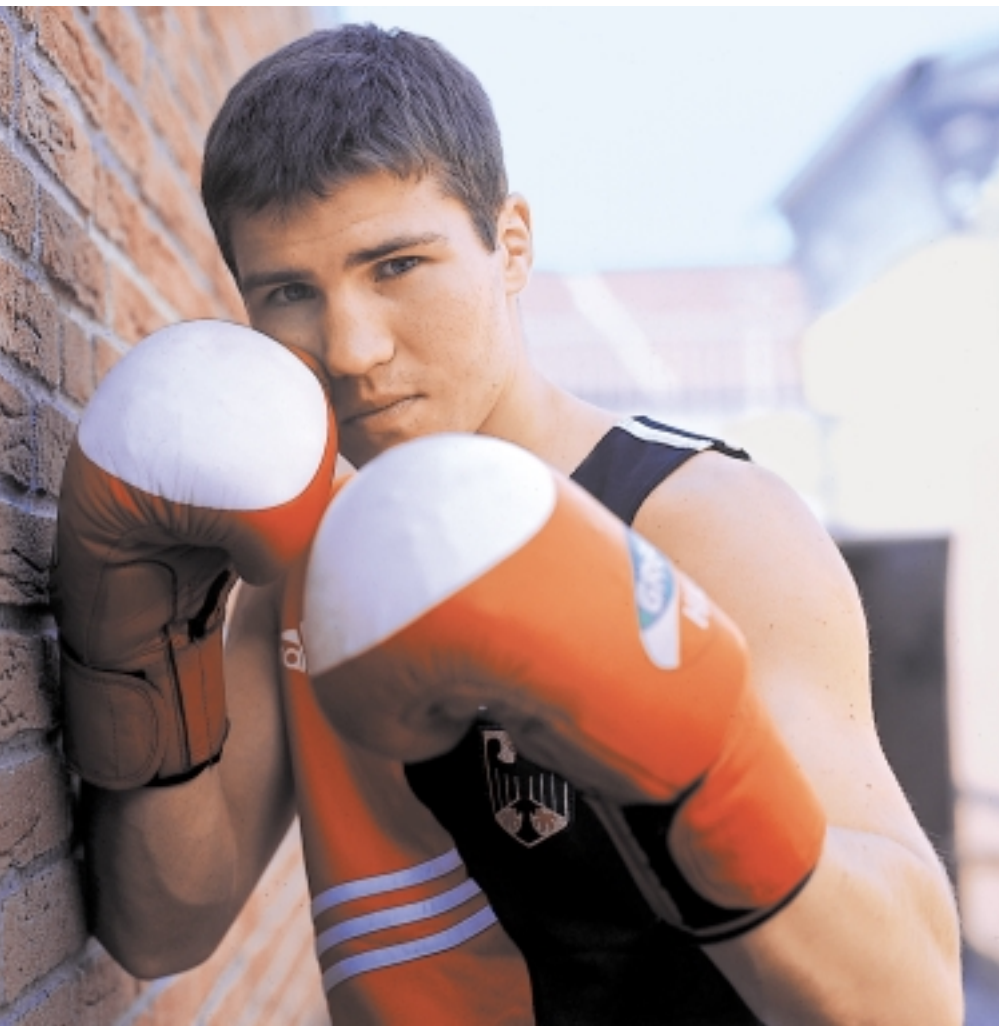
Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei **Hauptpreise** und einen von **zehn Gutscheinen für die Büchergilde Gutenberg** im Wert von **25 Euro** gewinnen, gestiftet von der **BHW-Leben**. Und als weiteres Extra: eine **ACE-Klubmitgliedschaft** für ein Jahr im Wert von **51 Euro**.

2. Preis:
Ein original
Steiff-Teddy
»Petsy«



3. Preis: Ein Multi- Funktionswerkzeug »Leatherman« aus Edelstahl





Zu Besuch bei

Wilhelm Gratschow

metall-Redakteurin Heide Platen beobachtete ihn beim Training in der Halle des Box-Clubs Gifhorn

Wilhelm Gratschow erkämpfte schon drei Deutsche Meistertitel

Der Amateurboxer im Bantamgewicht erkämpfte drei Deutsche Meistertitel und hofft auf die Olympiade 2008 in Peking

Die Boxsporthalle liegt versteckt hinter einem Supermarkt in der Altstadt im niedersächsischen Gifhorn. Eine Eisentreppe führt steil in den ersten Stock. Der Box-Club Gifhorn ist einer der erfolgreichsten Vereine Deutschlands. An den Wänden stehen Pokale aus aller Welt, von der Decke baumeln schwere, lederne Sandsäcke. Wilhelm »Willi« Gratschow (22) kommt vom Lauftraining, trabt rund um die drei Ringe, schwingt dabei die Arme vor und zurück wie ein Zugvogel, rollt die Schultergelenke, dreht die Hüften, wirft die Hacken hoch, er tänzelt auf der Stelle. Dann krachen seine Fäuste gegen den 150 Kilo schweren Sandsack. Der Schweiß läuft, unerbittlich zeigt der Zeitmesser an der Wand die Trainingseinheiten an. Der Mann, der ihm die Kommandos gibt, der seine Schläge kommentiert und korrigiert, rechte, linke Haken, Gerade, Schwinger, Deckung, Beinarbeit und dann neben ihm kniet und ihm unerbittlich die Gurte mit

den zusätzlichen Ein-Kilo-Gewichten über den Boxhandschuhen festzieht, ist sein Vater Michael. Ein sehr strenger Trainer, sagt Wilhelm: »Aber so ist er zu allen.« Am Ende gibt es ein knappes Lob: »Sehr schön.«

1992 ist die deutschstämmige Familie aus Usbekistan nach Deutschland gekommen. Vater und Mutter waren in ihrer Heimatstadt Taschkent Sportlehrer, der Vater boxte dort in der Nationalmannschaft. Auch die beiden älteren Brüder standen schon im Ring. Nur der jüngste Sohn ist dageblieben und einer der Hoffnungsträger des deutschen Amateurboxsports. 2000 war er, gerade 18 Jahre alt, das erste Mal Deutscher Meister im Bantam-Gewicht, der Gewichtsklasse bis zu 54 Kilogramm. Er holte sich den Titel auch 2003 und 2004. Der Anfang war für den Jungen schwer. Zwar wurde in der Familie wegen des Großvaters noch deutsch gespro-

chen, aber er mußte vieles neu erlernen: »Auch bei der Sprache hat das Boxen geholfen.« Der junge Mann mit dem fröhlichen Grübchengesicht, dem offenen Lachen ist bescheiden, beharrlich und fleißig. Der Werkzeugmechaniker ist als Auszubildender in die IG Metall eingetreten. Niemand mußte ihn anwerben, sondern: »Das wollte ich selbst.« Die Gewerkschaft war für ihn »selbstverständlich«, »gar kein Thema, weil die sich doch für uns einsetzt.« Dass die IG Metall auch den Gifhorer Boxsport fördert, ist in der Halle nicht zu übersehen: »Draußen stehen wir für Sie im Ring – Die IG Metall Wolfsburg« steht auf einem Spruchband an der Seitenwand. Gratschow wird inzwischen auch von der VW-Sportförderung unterstützt.

Dass er sich nicht für die Olympiamannschaft in 2004 in Athen qualifizieren konnte, sondern im Halbfinale gegen den technisch überlegenen Ukrainer Maxim Tretjak ausscheiden mußte, bedauert Wilhelm: »Ich wäre so gerne dabei gewesen.« Er schaffte dafür etwas, was ihm mindestens ebenso wichtig ist. Während der Kämpfe in Bulgarien und Aserbeidschan

büffelte er, Laptop und Schulbücher im Gepäck, für seine Abschlussprüfung bei der VW Coaching GmbH. Fehlende Unterlagen

sandte die Freundin per E-Mail. Den entscheidenden Kampf verlor er zwar, bestand dafür aber die Prüfung fast mit Bestnote. Nun trainiert er mindestens fünfmal in der Woche. Ziel: Peking 2008. Ob da noch Freizeit bleibe? »Aber ja«, sagt er, »die nehme ich mir.« Dann sitzt er am Computer oder liest: »Ich nehme auf jeden Lehrgang mindestens ein Buch mit.«

»Auch beim Erlernen der deutschen Sprache hat mir das Boxen sehr geholfen.«

Foto: Kristina Jentzsch



Karikatur: Burkhard Fritzsche

Brennen auch in Deutschland bald Autos?